

Zeitungspreis:
Westfäl. Bl. - M. monatl. 20.- M.
frei ins Haus, postfrei. Post-
bezug: monatlich 20.- M. ein-
zelne Ausgaben. Unter Kreuzband für
Deutschland, Dänzig, das Saar-
und Rheingebiet, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Belgiens, Osterrichts-
Ungarn und Fugenburg 24.- M. für
das übrige Ausland 28.- M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Kroatien, Serbien, Däne-
mark, Holland, Estland, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Ornament“ und der
Beilage „Gedichte und Feingarten“
erscheint wochentlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Morinplan 15125-97
Expedition Morinplan 11753-31

Dienstag, den 14. Februar 1922

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Morinplan 11753-31

Ausgabenpreis:
Die jetzige Ausgabe „Kommunistische
Zeitung“ - M. „Kleine Ausgabe“
das jetzige Blatt (M. 2.- M. 1.- M.)
wird zum jetzigen Blatt (M. 2.- M.)
weiteren Blatt 1.50 M. (Stückpreis)
und Schlußblätterungen des erste
Blatt 1.50 M., jedes weitere Blatt
1.- M. Blatt über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Seite 4.- M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Zustellungsgeldes.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Sonntagsblatt Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Schluß-
zeit von 9 Uhr früh bis 1 1/2 Uhr nachmittags.

Rußland und das Wiederaufbausyndikat

Entgegen anderslautenden Meldungen teilt Krasin erst am Mittwoch in Berlin ein, wo er einige Tage zu bleiben gedenkt, um sich dann nach Moskau zu begeben. Aus Moskau wird Krasin im Besitze der Sowjetdelegation nach Genoa rufen. Wie der Ost-Express erzählt, hat Krasin jedoch in London Verhandlungen mit Lloyd George geführt, deren Ergebnisse von sowjetrussischer Seite erhebliche Bedeutung beigegeben wird. Diese Verhandlungen haben sich u. a. auf die Bildung des internationalen Syndikats zum Wiederaufbau Sowjetrußlands bezogen. In Sowjetrußland steht man einem solchen Syndikat weniger aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnend gegenüber, als aus Befürchtung, daß die Bildung eines übermächtigen Syndikats zu einer wirtschaftlichen und politischen Fessel für Sowjetrußland werden könnte. In London haben Krasins Bemühungen, Sicherheiten in dieser Richtung zu erlangen, wesentliches Entgegenkommen gefunden, wodurch die bisher russischerseits bestehenden Bedenken zerstreut werden könnten. Im Verlaufe dieser Londoner Verhandlungen wird Krasin in Berlin Konferenzen mit deutschen Politikern und Finanzleuten abhalten, die unter Vorsitz des Direktors der Sowjet-Staatsbank Schelwan und des Chefs der Sowjet-Handelsmission Stomaratow stattfinden sollen. — Gleichzeitig mit Krasin trifft der Vorsitzende des Zentralkomitees (Zentralgenossenschaftsverband) Chlisschul wieder in Berlin ein.

Am Mittwoch trifft eine Gruppe aus Sowjetrußland ausgewiesener Revolutionäre (Sozialdemokraten) mit Dan an der Spitze aus Riga in Berlin ein.

Lloyd George über Genoa.

London, 13. Februar. (M.B.) Lloyd George erklärte im Unterhause in Beantwortung einer Anfrage, Rußland habe die Einladung des italienischen Premierministers zur Teilnahme an der Konferenz von Genoa am 8. März angenommen, und zwar ohne Vorbehalt, ohne Beschränkungen irgendwelcher Art.

In Erwiderung auf eine weitere Anfrage teilte Lloyd George mit, daß die Namen der britischen Vertreter bei der Konferenz von Genoa noch nicht feststehen. Ob die Konferenz am 8. März zusammentreten werde, liege vollkommen bei der italienischen Regierung. Im gegenwärtigen Augenblick komme eine Entscheidung nicht in Frage. Weiterhin sagte Lloyd George, daß das Parlament Gelegenheit erhalten werde, die Bedingungen des englisch-französischen Paktes zu erörtern, bevor irgendwelche Verpflichtungen im Zusammenhang damit von Großbritannien übernommen werden.

Von einem anderen Regierungsvorsteher wurde mitgeteilt, daß nach keinerlei Vereinbarung mit Frankreich über die Verteilung der bereits von Deutschland gezahlten einen Milliarde Goldwerte erzielt worden sei. Die Frage sei in Cannes erörtert worden, es sei jedoch vor dem Rücktritt Briand's bzw. vor Schluß der Konferenz von Cannes keinerlei endgültiges Übereinkommen zustande gekommen.

Englands Abrüstung.

Paris, 13. Februar. Der Londoner Korrespondent des „Temps“ droht: Die Admirale, die den von Sir Geddes vorgelegten Sparantrag nicht billigen, seien bereit, zurückzutreten, falls die Regierung für diesen Bericht eintreten sollte. Lloyd George sei in großer Verlegenheit. Einerseits wolle er das Sparantragsprogramm von Geddes nicht opfern, andererseits wolle er die Demission der Admirale nicht annehmen.

Die Berichte des sogenannten Geddes-Komitees, das zur Untersuchung aller Sparmöglichkeiten im englischen Budget eingesetzt war, sind soeben in Gestalt von Blaubüchern der Öffentlichkeit übergeben worden. Das Komitee schlägt vor, die bisherigen Einzelministerien für Marine und Luftfahrt in ein Gesamtministerium für Landesverteidigung umzuwandeln, die Heeresbestände um 55 000 Mann herabzusetzen, die Bestände der Marine für das nächste Jahr um 50 000 Mann zu reduzieren und an den Krediten für die Marine Kürzungen in Höhe von 20 Millionen Pfund Sterling vorzunehmen, so daß sich die Marinekredite von 80 auf 60 Millionen Pfund Sterling ermäßigen. Hierbei sind die Ersparnisse, die sich auf Grund des Washingtoner Flottenabkommens ergeben, nicht mit in Betracht gezogen.

Die oberschlesischen Verhandlungen.

Genf, 13. Februar. (M.B.) Die deutschen und die polnischen Vorstehenden der einzelnen Unterausschüsse sind heute in die Verhandlungen eingetreten, und zwar für den ersten Unterausschuß (Wanderarbeiterschutz) Staatssekretär a. D. Dewald von deutscher und Wasserberger von polnischer Seite, für den 12. Unterausschuß (zwischenstaatliche Organisationen) Reichsminister a. D. Simons und Dr. Pradzyński. Der 7. Unterausschuß (Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen), der für Deutschland von Ministerialdirektor Sichter und für Polen von Sokol geleitet wird, wird in den nächsten Tagen voraussichtlich deutsche und polnische Gewerkschaftler zu seinen Arbeiten heranziehen. Den Beratungen der Unterausschüsse moht je einer der Mitarbeiter des Präsidenten Colander bei, die bekanntlich dem Personal des Völkerverbands entnommen sind. Die Wirtschaftsverhandlungen, die Ministerialdirektor v. Stöckhammer für Deutschland und Ingenieur Götter für Polen führen werden, werden sich im wesentlichen nur auf die Arbeitsfrage beschränken, die allerdings je nach ihrer Entscheidung rückwirkende Folgen haben kann. Alle anderen Wirtschaftsfragen haben vorläufig zu einer befriedigenden Einigung geführt, und man hofft, daß die Lösung der allein noch offenstehenden Frage das bisher erzielte Ergebnis sicherstellen werde.

Sort mit dem Erfüllungskabinet!

Die Parole des 13. Februar.

In der „Kreuzzeitung“ legt deren Chefredakteur, Herr Major a. D. Georg Foerisch, die Bedeutung des kommenden Mittwoch, des 15. Februar, in so lichtvoller Weise dar, daß wir seinen Ausführungen möglichst breiten Raum gewähren wollen. Herr Foerisch schreibt:

Es handelt sich in der Abstimmung am Mittwoch also um zweierlei. Einmal hat der Reichstag die Frage zu beantworten, ob die Staatsautorität und die innere Ordnung durch die Verantwortlichkeit der jetzigen Regierung weiter dem Verfall entgegengeführt werden sollen. Die zweite Frage, die nicht ohne Zusammenhang mit der ersten ist, bezieht sich auf die Erfüllungspolitik des Reichstages. Der kommende Mittwoch kann also auch eine weltpolitische Bedeutung haben, und jeder einzelne Abgeordnete muß sich darüber klar sein, daß er mit seiner Stimme den Weg für eine bessere deutsche Zukunft eröffnen kann. In Frankreich, unserem hauptsächlichsten und unserem unerträglichsten Gegner, ist der Erzfeind Deutschlands Poincaré am Ruder, der — Anzeichen liegen bereits zur Genüge vor — die Gewalt- und Hochpolitik gegen Deutschland, selbst auf die Gefahr eines Zusammenstoßes mit England, fortzusetzen droht. Er ist der starke Mann mit einer starken Volksmehrheit hinter sich. In Deutschland steht ihm ein schwacher Mann mit einer äußerlich schwachen Reichstagsmehrheit gegenüber, die nicht dem Volkswillen entspricht. Es liegt auf der Hand, daß auf die Dauer für Deutschland ein solches ungleiches moralisches und persönliches Stärkeverhältnis verhängnisvoll werden muß. Einmal muß unseren Feinden klar vor Augen geführt werden, daß das deutsche Volk die ihm auferlegten Bedingungen nicht erfüllen kann. Am nächsten wird aber dies zuzugehen, wenn am kommenden Mittwoch zunächst das Erfüllungskabinet verschwindet und freie Bahn für neue Wege geschaffen wird.

Die Abstimmung am Mittwoch soll also freie Bahn schaffen für einen deutschen Gegen-Poincaré. Wir meinen auch, jeder einzelne Abgeordnete muß sich darüber

klar sein, daß er durch die Abgabe seines Stimmzettels etwas anrichten kann! Der deutsche Gegen-Poincaré hat sich inzwischen auch schon gemeldet. Es ist der Vorsitzende der deutschen nationalen Reichstagsaktion, Herr Hergt, der im „Tag“ die Zustimmung seiner Leute zur Verschiebung der entscheidenden Abstimmung auf den Mittwoch u. a. mit folgenden Ausführungen rechtfertigt:

Die Augen der ganzen Welt waren nunmehr (nach der Erklärung des Reichstages, Red. d. „A.“) auf die Abstimmung gerichtet; das Ausland wollte und mußte wissen, woran es künftig mit Deutschland war, für eine Zufallsentscheidung war dann kein Raum. Die Situation war so ernst geworden, wie sie ein Volk nicht seit der Entscheidung des Versailler Friedens nicht wieder gewesen war. Es ging nicht an, daß die Sieger ihre und des deutschen Volkes Zukunft auf Zufall oder wenn auch nur scheinbare Majorität aufbauten. Wir wollen nicht, wenn es uns einmal beschieden sein sollte, zur entscheidenden Mitwirkung bei der Regierung des Landes berufen zu sein, unsere Regierungstätigkeit mit einem Flecken auf der reinen Weste beginnen. Wir hätten aber auch nicht im Falle, daß die Regierung fürzte, daß dann das Volk zur letzten Entscheidung im Wege von Neuweihen aufgerufen wurde und es sich darum handelte, zu wem das Volk das größte Vertrauen haben würde, von ihm dieses Vertrauen unter falscher Flagge auf der Grundlage eines zweifelhaften Zufallsereignisses fordern können und wollen.

Man fragt erstaunt, woher den deutschen nationalen Herrschäften diese großen Rosinen kommen. Im Reichstag haben sie von 469 Sitzen 71, mit der Deutschen Volkspartei bringen sie es auf 136. Für den Rest müssen eben die unabhängigen und die Kommunisten sorgen; sie haben die nötigen Hilfsmannschaften herbeizuführen, damit „das Erfüllungskabinet verschwindet“ und die deutschnationale Partei „zur entscheidenden Mitwirkung bei der Regierung des Landes“ berufen wird.

„Die Augen der ganzen Welt sind auf die Abstimmung gerichtet.“ — „Jeder Abgeordnete muß sich darüber klar sein!“

Der Weg zur Kommunalisierung

Von Hugo Heilmann.

Die Revolution, die so viele fest verankerte Einrichtungen mit einem Schlage hinwegräumte, hat bisher nicht vermocht, Gang und Entwicklung der Wirtschaft entscheidend zu beeinflussen. Die Hoffnung breiter Schichten des deutschen Volkes, daß der politischen Umwälzung schnell die wirtschaftliche folgen werde, daß die lippig emporschwebenden Pläne auf Kommunalisierung oder gar Sozialisierung bestimmter Wirtschaftszweige schnell durchgeführt werden würden, hat sich nicht verwirklicht. Der Krieg mit seinen fürchterlichen Folgen für die öffentliche Wirtschaft, die Deutschland auferlegten übermäßig harten Friedensbedingungen haben hier Schranken aufgerichtet, die zu beseitigen bisher nicht möglich gewesen ist.

Diese Zurückdrängung der in großen Keihen der Bevölkerung ungenügend gehegten wirtschaftlichen Wünsche ist auf das lebhafteste zu beklagen. Sie ist Ursache für mannigfache Störungen und Zuckungen der Wirtschaft geworden, die in ihrer Folge die Verwirklichung der gegebenen Erwartungen in noch weiterer Ferne gerückt haben, und sie hat die Entwicklung jäh unterbrochen, in der gerade in der Zeit vor dem Kriege mindestens die Idee der Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben sich befunden hat.

Die jüngeren Mitglieder der Partei werden sich heute kaum vorstellen können, welche Tat es bedeutete, als unter dem Vorsteh unserer unergieblichen Paul Singer die erste Konferenz der Gemeindevorsteher der Provinz Brandenburg zu Berlin 1898 beschloß: Beleuchtungs-, Verkehrs-, Kräfteerzeugungs- sowie sonstige für die Gemeinde notwendigen Betriebe sind der Privatverwertung zu entziehen und auf eigene Rechnung der Gemeinde zu errichten und zu betreiben.“ Welche zähe, unermüdete Arbeit war nötig, welche langer Weg zurückzulegen von diesem Beschluß zu jener Tagung des Stadtelages in Köln unmittelbar vor Ausbruch des Krieges, auf dem die Idee der kommunalen Regie von für die Gemeinde notwendigen Betrieben sich siegreich gegen die Befürworter der privaten Wirtschaft durchsetzen konnte.

Die Vertreter der kommunalen Regie waren in der Lage, in jener Tagung auf die Tatsache hinzuweisen, daß nach allen bekanntgewordenen Ergebnissen die behauptete Überlegenheit der privaten Betriebe nicht gegeben sei und daß selbst mehrere Landesregierungen sich uneingeschränkt auf den Boden der kommunalen Regie gestellt hätten. So warnte die sächsische Landesregierung in einem Rundschreiben ihrer Gemeinden auf das nachdrücklichste vor der großen Betrugsmasche, die sie übernehmen, wenn sie etwa ihre Werke an Private veräußern, und kam nach längerem Darlegen zu dem Schluß: „Die Entwicklung weist die Gemeinden auf den Ausbau ihrer kommunalen gewerblichen Unternehmungen hin, nicht aber auf ihre Einschränkung oder gar ihre Überlassung an private Unternehmer.“

Diese uns erfreuliche Entwicklung war natürlich auf das erheblichste beeinflusst und gefördert durch die günstigen materiellen Ergebnisse, die von gut geleiteten kommunalen Betrieben der Verkehrsunternehmungen, Gas- und Elektrizitätserzeugung mit Sicherheit erwartet werden konnten. Auf der anderen Seite war es bezeichnend, daß in dem durch Jahrzehnte geführten Kampf des Privatkapitals gegen die kommunale Regie diese kommunale Regie niemals angefochten wurde für Betriebe, bei denen Gewinne nicht oder nicht in nennenswerter Höhe zu erzielen sind. Diese Betriebe, z. B. Kanalisationswerke mit anschließenden umfangreichen landwirtschaftlichen Anlagen, Bleich- und Schafwäschereien und dergleichen, wurden und werden unbestritten den Gemeinden überlassen, trotzdem sie viel komplizierter und schwieriger zu betreiben sind als die zuerst genannten.

Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges haben nun leider die früheren günstigen materiellen Ergebnisse aller öffentlichen Betriebe auf das schwerste beeinträchtigt und damit die Idee der kommunalen Regie zum Stillstand gebracht. Ja vielleicht eine rückwärtige Bewegung hervorgerufen. Auch die Erwartung, daß wirtschaftliche Ziele um so schneller durchzuführen sind, je größer die Zahl der sie erstrebenden Personen ist, hat sich nicht erfüllt.

In der Generalratsadresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation, die Marx nach der Pariser Kommune niedergeschrieben hat und die gewissermaßen die Quintessenz seiner Revolutionstheorie enthält, heißt es u. a.: „Die Arbeiterklasse weiß, daß sie, um ihre eigene Befreiung und mit ihr jene höheren Lebensformen hervorzuheben, lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen hat, durch welche die Menschheit wie die Umstände günstig umgewandelt werden.“ Als Marx dies schrieb, konnte er trotz seines Scharfblicks nicht die fürchterlichen wirtschaftlichen und moralischen Verheerungen eines 4 1/2-jährigen Weltkrieges ahnen. Trotzdem setzte er neben der wirtschaftlichen Voraussetzung der Sozialisierung der Produktionsmittel als gleich wichtig auch die andere der Sozialisierung der Menschen. So richtig nun die

Lehre ist, daß die Menschen in ihrer Masse Produkte der sie umgebenden äußeren Verhältnisse und Lebensbedingungen sind, so sicher ist doch auch, daß diese äußeren Verhältnisse für sich allein nur im Laufe langer Zeitepochen, die abzuwarten wir weder Zeit noch Möglichkeit haben, eine innere Umbildung der Menschen bewirken können.

Unserer Partei liegt es daher ob, diese beiden Aufgaben durchzuführen. Bedingt die eine den Kampf gegen die kapitalistischen Klassen der Gesellschaft, so erfordert die andere, bei der ein jeder an sich selber mit der Arbeit zu beginnen hat, größeren Mut und größere Selbstverleugnung, da es gilt, gegen Anschauungen und Strömungen anzukämpfen, die viel noch innerhalb der eigenen Klassengenossen vorhanden sind. Unbeirrt durch das Geschrei von verantwortungslosen Demagogen, die nicht das Recht haben, sich Sozialisten zu nennen, unbeirrt durch den Unwillen breiter Arbeiterschichten, die noch glauben, ihre Sonderinteressen rücksichtslos über die Gemeininteressen stellen zu können, haben wir die Auffassung zu vertreten und zu verteidigen, daß allen Rechten entsprechende Pflichten gegenüber stehen, daß je größer diese Rechte sind, um so penibler auch die Pflichten erfüllt werden müssen. Und wenn wir so mit Einseh unserer Person und unserer parteipolitischen Interessen handeln, dienen wir dem Sozialismus und haben noch die vor die innere Berechtigung, allen Bestrebungen der bürgerlichen Parteien auf Ab schwächung und Diskreditierung der Idee der Kommunalisierung mit Entschiedenheit entgegenzutreten. War, was wir in den letzten Wochen erleben: ruhten, und schwer und bedrückend, so wollen wir nicht vergessen, daß der Krieg eine moralische Verwilderung aller Volkstriebe in vieler Art erfüllten Friedenszeit konnten diese moralischen Kriegserfolge so wenig überwunden werden wie die finanziellen.

Zahlreiche Gemeinden sehen sich heute außerstande, becominge Unternehmungen zu Ende, im Gang befindliche weiterzuführen. Diese Situation wird von der geschlossenen Phalanx unserer bürgerlichen Gegner noch Kräfte ausgenutzt, um Privatkapital wieder die verlorene Stellung in den gemeindlichen Betrieben zurückzugewinnen. Das stellt die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher vielerorts vor die schwersten Entscheidungen. Wie diese zu fällen sind, wird allgemein nicht zu sagen, sondern von der Prüfung des Einzelnen abhängig sein. Vor die Frage gestellt, unvollendete Betriebe verfallen zu lassen und bestehende zu schließen oder Privatkapital in Anspruch zu nehmen, werden wir für die Weiterführung mit Hilfe des Privatkapitals einzutreten haben, wenn die Gewähr gegeben ist, daß die Städte die letzte Entscheidung über Höhe und Art der Tarife, über Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Angestellten in der Hand behalten. Daß daneben alle Bestrebungen, die Betriebe auf eine gesunde wirtschaftliche Grundlage zu stellen, auf das nachdrücklichste zu fördern sind, ist selbstverständlich. Hierhin gehört neben der technischen und kaufmännischen vervollständigung, neben der Aufbarmachung der praktischen Erfahrungen der Betriebsräte vor allem auch die Entbureaucratisierung des Unternehmens, ohne gänzliche Ausschaltung der städtischen Behörden durchzuführen allerdings eine schwierige Aufgabe ist. Die Verträge, die von den Gemeinden mit privaten Geldgebern und Unternehmern abgeschlossen werden müssen, werden daher in jeder Hinsicht auf das sorgfältigste durchzubedenken und nachzusehen sein. Es ist für die Gemeinden sehr viel leichter, irgendeinen Gewerbebetrieb gut und erfolgreich zu leiten, als in den erfahrungsten und gewandtesten Unternehmern auf lange Zeit hinaus weitläufige Verträge anzuschließen unter Verhältnissen, deren Entwicklung niemand zu übersehen vermag. Die Spuren schrecken! Mit den Verträgen, die z. B. Berlin in früheren Zeiten mit der UEG, der GEB, und den Straßenbahngesellschaften gegen den heftigsten Widerstand der sozialdemokratischen Fraktion geschlossen hat, ist sehr teures Lehrgeld bezahlt worden. Möchten diese Erfahrungen bei den in Zukunft zu schließenden Verträgen nicht ungenutzt bleiben!

Die Montagsverhandlungen.

Wirth verlangt ein klares Votum.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt: Der Montag hat keine Fortschritte zur Klärung der Regierungskrisis gebracht. In der Mittagsstunde waren Wels und Müller zum Kanzler geladen, der im Laufe des Tages auch noch mit anderen führenden Politikern Fühlung nahm. Der Kanzler hat diese Abgeordneten nicht darüber im Zweifel gelassen, daß er Klarheit wünscht und deshalb eine Berichterstattung des Vertrauensvotums nicht zulassen werde. Auch werde er ablehnen, die Regierung zu behalten, wenn sich nur eine Mehrheit von wenigen Stimmen ergeben sollte. Alle Neußerungen aus der Deutschen Volkspartei lassen darauf schließen, daß diese ihren Kampf gegen den Kanzler durchzuführen gedenkt. Ihr Berliner Parteiorgan, „Die Zeit“, bestreitet, daß innerhalb der Fraktion ein großer Kampf um das Vertrauensvotum geführt worden sei. Der Beschluß sei mit sämtlichen gegen 2 Stimmen gefaßt worden. Angeblich erwägt die Fraktion, für die Abstimmung am Mittwoch Fraktionszwang einzuführen.

Zum Streikrecht der Eisenbahnbeamten.

Unbeschadet der Stellungnahme des „Vorwärts“ in der Frage eines uneingeschränkten Streikrechts der Beamten, die durch den Streik der Eisenbahnbeamten erörtert wurde, wollen wir nicht unterlassen, den folgenden Rechtfertigungsversuch dieses Streiks durch die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und „Anwärter“ zur Kenntnis zu bringen.

Die Reichsgewerkschaft verweist auf folgende Tatsachen. Der § 2 ihrer Satzungen lautet: „Die Reichsgewerkschaft bezweckt unter Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel die Wahrung gemeinsamer Standes- und Berufsinteressen der Eisenbahnbeamten und ihrer Anwärter.“ Die Reichsgewerkschaft ist in das Vereinsregister eingetragen. Zuvor erhielt der Berliner Polizeipräsident eine Abschrift der Satzungen durch das Amtsgericht zur Nachprüfung. Während einer Frist von sechs Wochen hat der Polizeipräsident der Eintragung in das Vereinsregister nicht widersprochen. Auch der Regiererrichter hatte keine Bedenken, die Gewerkschaft in das Vereinsregister einzutragen.

Der Reichsverkehrsminister kannte die Satzungen der Reichsgewerkschaft seit ihrer Schöpfung, samt dem das Streikrecht proklamierenden § 2. Er hat nichtsdestoweniger die Reichsgewerkschaft bis zum Tage des Streikausbruchs als eine legale Organisation behandelt und hat amtlich mit ihr verkehrt. Mit ihm haben im ganzen Reiche die Direktionspräsidenten und deren Untereinstanzungen das gleiche Verhalten an den Tag gelegt, d. h. also, der gesamte Apparat des Reichsverkehrsministeriums hat jahrelang praktisch die mit der Waffe des letzten gewerkschaftlichen Mittels im Arsenal dahinstehende Reichsgewerkschaft anerkannt. Und das, trotzdem der Streikrechtsparagraf im Januar 1921 praktische Folgen zeigte. Die Reichsgewerkschaft hat damals eine Urabstimmung ihrer Mitglieder über einen Streik vorgenommen. „Keine Feder aus den Reihen der Eisenbahnbehörden vom Ministerium herab bis zu den örtlichen Vorständen regte sich, um das Beginnen der Reichsgewerkschaft zu verhindern oder auch nur zu mißbilligen.“ Obwohl 85 Prozent aller Abstimmenden sich für den Streik erklärten, „wohl hat Minister Goerter sich gelegentlich als Gegner des Streiks bekannt; man kann aber sehr wohl „Gegner“ des Streiks sein, ohne das Recht des Streiks zu beschneiden.“

Der Vorstand der Reichsgewerkschaft stellte dem Reichsverkehrsministerium das bekannte Ultimatum mit der Androhung des Streiks. Auch jetzt ist es niemand ein, ein Streikverbot zu erlassen. Wie sollte sich da die Beamtenschaft dessen versehen, daß nachträglich der Streikbeschuß plötzlich für ungesetzlich erklärt werden könnte?

Erst nachdem der Streik im vollen Gange war, kam das Verbot der Beamtenstreiks. Nicht mit Unrecht verweist die Reichsgewerkschaft darauf, daß das Ministerium eine Organisation, die das Streikrecht für sich in

Anspruch nahm und den Streik vorbereitet, bis zum letzten Augenblick durch Beurteilungen begünstigt, seine Beamten in dieser Organisation arbeiten ließ, um dann hinterher die Führer zu bestrafen.

Auf Grund dieser Tatsachen, die zweifellos bei näherer Betrachtung des Verhältnisses zwischen Reichsverkehrsministerium und Reichsgewerkschaft noch wesentlich verstärkt werden könnten, gewinnen die Klagen über die jetzt einsetzenden Maßnahmen gegen die am Streik aktiv oder passiv beteiligten Lokomotivführer ein besonderes Gewicht. Dem Massen Disziplinieren gegenüber erklärt die Reichsgewerkschaft, daß es ihr außerordentlich schwer gemacht werde, ihre Mitglieder vom Wiedereintritt in den Streik abzuhalten.

Wird der Vogel fliegen?

Zum Kapitel: Die „Unverantwortlichen“.

Unsere Notiz in der gestrigen Abendausgabe, in der wir dem deutschnationalen Flugblatt zum Eisenbahnbeamtenstreik die bisher un widersprochen gebliebene Behauptung des Abgeordneten Dittmann entgegenstellten, wonach die Mehrheit, die sich innerhalb der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter für den Streik ausgesprochen, aus Deutschen Nationalen und Volksparteilern bestände, erfährt eine diesbezügliche Ergänzung durch folgende Tatsache: Der deutschnationalen Reichstagsabgeordnete Julius Vogel, von Beruf Telegraphenbeamter, hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bezirksvereins Berlin des Verbandes deutscher Reichspost- und Telegraphenbeamten, der wiederum der Reichspostgewerkschaft angegeschlossen ist, den Aufruf zur Sammlung von Streikunterstützungsgeldern für die ausständigen Eisenbahnbeamten unterschrieben. Bekanntlich hatte die Reichspostgewerkschaft ihre Solidarität mit den streikenden Eisenbahnern dadurch bekundet, daß sie beschloß, eine Summe von 50 000 M. täglich zu ihrer Unterstützung durch Sammlungen unter den Post- und Telegraphenbeamten aufzubringen.)

Wir erwarten von der deutschnationalen Reichstagsfraktion, die ja mit aller Schärfe für Massen Disziplinierungen eintritt und die das Kabinett Wirth wegen seiner angeblich zu „schlappen“ Haltung in der Frage der Maßnahmen fürchten will, daß sie diesen Herrn Vogel heute noch aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion ausschließen wird.

Um die Zukunft dieses Vogels braucht niemandem bange zu sein: er wird als ein Muster konfessionsloser Tugenden sicherlich freudige Aufnahme bei der kommunistischen Reichstagsfraktion finden, zumal sich diese seit dem Abgang der Reuten in arge Not befindet und nicht einmal mehr selbständige Mißtrauensanträge einbringen kann.

Gepp Derters Ende.

Braunschweig, 13. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Das Vorgehen des Unabhängigen Zentralkomitees im Falle Derters hat die Braunschweigische Landtagsfraktion veranlaßt, am Sonntag einstimmig den Ausschluß Derters aus der Fraktion zu beschließen. Gleichzeitig wurde ein Schreiben an die sozialdemokratische Landtagsfraktion vereinbart, das die Vorwürfe gegen einzelne Genossen, die Regierungsmitglieder sind, zurücknimmt.

In Ergänzung unseres Schreibens vom 8. Februar teilen wir mit, daß wir unsere Ausführungen über einige ihrer Fraktionskollegen zurückziehen. Die Grundlagen unserer damaligen Stellungnahme stammten von einem Manne, dessen Ausführungen wir heute keinen Glauben mehr schenken können. Wir legen daher auf eine weitere Verfolgung oder Beirachung der Angelegenheit keinen Wert mehr und bitten Sie, hiervon die Genossen in Kritik und Steinbrecher in Kenntnis zu setzen.

Am Mittwoch findet in Braunschweig eine Mitgliederversammlung der U.S.P. statt, in der Crispian vom Zentralvorstand sprechen wird. Auf der Tagesordnung steht der Ausschluß Derters aus der Partei. Derters selbst hat keinen Zutritt. In sozialistischen Kreisen Braunschweigs erwartet man, daß der Ausschluß Derters aus der Unabhängigen Partei bis zum Wiedereintritt in das Braunschweigische Landtag am 21. Februar endgültig ist. Insofern betrachtet man die Bildung der rein sozialistischen Regierung als gesichert. Die Kommunisten haben ohne Bedingungen zugesagt, ein sozialistisches Kabinett zu unterstützen.

Die fremde Frau.

Von Hans Bauer.

Ich sitze mit meinem Freund in einer Kibestube. Wir haben während des ganzen Abends soviel unterhalten, daß wir uns nichts Belangreiches zu sagen haben, und unwillkürlich noch ein Nebenstück hinzuhören, wo eine rege Unterhaltung im Gange ist. An dem Nebenstück sitzen zwei Paare, die offenbar Ehepaare sind.

Das eine Ehepaar erscheint mir als echter, rechter Durchschnitt. Das andere ist mir dagegen interessanter. Er: der Typ des gutartigen, offenen, redlichen Hausvaters. Ein hochaufgeschossener, dreißigjähriger Mann, dem man's aber ansieht, daß er keiner Fliege einen Flügel zureißen imstande wäre. Sie: ein hübsches, kleines Fräulein, dessen Augen so energiegel, so schwarz, überlegen, daß ich fremden Augenblick im Zweifel bin, wer in dieser Ehe herrscht.

Der alte Hausvater hat schon einiges getrunken und ist fröhlicher. Er knipst mit seiner Hand freundlich auf die Schulter seiner Frau und sagt liebevoll: „Na, Mutti, wohin gehst du denn?“ Sie führt seine Hand von ihrer Schulter weg und sagt streng: „Wir sind hier in einem Lokal.“

Der Hausvater lächelt gutmütig. Wie ein ungezogener Junge, er mußte, daß er es nicht durfte und der es trotzdem tat und nun Zurechtweisung erhielt.

Nach einer Weile erzählt der Hausvater dem befreundeten Ehepaar ein Erlebnis aus der letzten Woche: „Das wissen Sie wohl selbst, meine Frau hat mich, daß meiner Frau ein vergangener Montag 10 000 Mark gestohlen worden sind? Ja, also, denken Sie nur: Ich habe meiner Frau zu Hause 10 000 Mark mit, die sie auf der Post abholen soll. Sie geht noch einmal ins Geschäft, um der Stenotypistin noch etwas zu sagen. Und da läßt sie doch, wie sie im Laden ihre Taschentücher auf einem Stuhl liegen, weil gerade das Telefon klingelt. Sie geht hin. Es ist falsch verbunden. Nur einen Augenblick ist sie weg. Und wie sie wiederkommt, da fehlen aus der Tasche die 10 000 Mark. Sie ist ganz verzweifelt und ruft mich an. Ich bin zehn Minuten im Geschäft. Ich forsche überall nach, ordne an, daß kein Angestellter das Haus verlassen darf und jeder sich einer Selbstprüfung zu unterziehen hat. Es ist nichts mehr zu finden.“

Das befreundete Ehepaar scheint die Drisoerhältnisse in dem Geschäft zu kennen. Erläuternde Fragen fallen, in denen zwei Tären eine Rolle spielen, die aus dem Laden in andere Räume führen, aber die Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten des Diebstahls spezifizieren mich nicht. Vielmehr jedoch die bestohlene Frau. Sie nickt paarmal. Antwortet ein paarmal bestimmt. Und blickt im Brigen mit jenen überlegenen, kalten, berechnenden Augen wie dahin.

Der Hausvater sagt zu dem Ehepaar: „Von nun ab kriegt meine Mutti kein großes Geld mehr in die Finger.“ Seine Stimme klingt

dabei so wohlwollend, väterlich, mild, verzeihend, daß es keiner Frage bedarf, von wem es abhängt, ob die Mutti bald wieder großes Geld in die Finger kriegt.

In mir aber sitzt plötzlich ein Gedanke fest: Die hat das Geld selber! — Ich weiß nicht recht, warum ich das denke. Mir liegt das Mißtrauen aus dem ersten Hieb sonst wirklich fern. Ich denke von fremden Menschen nur selten gleich Schlechtes. Die Frau sieht auch nicht niederrichtig aus. Aber...

„Du, wenn die das Geld nun selber hat!“ tuschelt es da an mein Ohr. Ich blicke meinem Freund in die verschmitzt zwinkernden Augen. „Nicht, daß ich schwören möchte“, entschuldigt er sich. „Ich dachte nur gerade so... Hast du überhaupt zugehört?“

Ich nicke, und schmolpe die Achseln. Der Hausvater guckt wieder auf seine Frau. Ein wenig ver schmolmt. Aber doch so gutmütig. So vertrauensvoll. So verliebt. Sie lächelt auch. Ein eisaltes Lächeln.

In mir ruht etwas: Jetzt setze dich zu dem Mann und sage ihm: „Sie, hören Sie, haben Sie noch nie daran gedacht, daß Ihre Frau selbst, Ihre eigene Frau, das Geld unterschlagen haben könnte? Welche Verblendung ist es, die diesen Gedanken von Ihnen abgehalten hat? Was in aller Welt ist es, was mich, den Fremden, hier herher sehen läßt als Sie, den Mann dieser Frau... Heer! haben Sie einmal den Blick Ihrer Frau, den...“

Du lieber Gott! Es gäbe eine schöne Katastrophe, wenn ich so spräche. Wahrscheinlich odersteht mich der Mann sogar.

Nach einer Viertelstunde sind die vier Leute weg. Ich blide mir ein, daß ich so vom Nebenstück her innerhalb fünf Minuten das kleinste Geheimnis der Frau durchschaut habe.

Oder wie: wenn ich es eben deshalb nicht durchschaut hätte, weil es mir so leicht ward, ihr zu mißtrauen!

Mücke-Aufführung in Königsberg. Als Mücke sein Spielchen „Der letzte König von Orplid“ in seinen Roman „Meister Rollen“ einflucht, wird er kaum daran gedacht haben, daß die blutleeren Schotten, die wunderbustige Worte voll Romantiz flüstern, je auf einer wirklichen Bühne stehen würden. Durch die entscheidend untermalende Musik eines jungen Berliner Komponisten Rag Trapp ist dieses Wunder wahr geworden und wirkt nun auch wie ein Wunder der blauen Blume. In die geheimnisvoll durch das Ganze kreisende, trotz Modernität melodische, wenn auch nicht immer völlig anfangsreihe Musik ist wirklich etwas von Mozels Märchenhauch hineingepaust. Aber auch der Spielleiter Dr. Wolf von Gordon, der das zaristische Gedicht auf der Bühne des Neuen Schauspielhauses inszenierte, hat sich sowohl der Stimmung des märchenhaften Gedichts wie der Musik Trapps angepaßt und löst das Dramolet vor einschlängelnden blauen Lichtbildern durch die Schauspieler als Sühnetänze darzustellen. Die Eisenbilder wirken dabei wie Diebstahl-Scherenschnitte. Zweifellos ist damit eine neue Regiemöglichkeit für irische Dramatisten gefunden. Die Aufführung fand auch großen Beifall. Alfred Heim.

Projizierte Kuffen. In Berlin hat sich dieser Tage eine Gesellschaft gebildet, die ein neues, recht eigenartiges Theaterprojekt verwirklichen will, das für die Entwicklung des modernen Bühnenwesens von ausschlaggebender Bedeutung sein kann. Es handelt sich um die Erfindung eines dänischen Ingenieurs, die geeignet erscheint, die bisher übliche Form der Bühnendekorationen, gemalten Kulissen usw. über den Hausen zu werfen, da die einzelnen Szenenbilder durch einen äußerst feinkörnig zusammengesetzten Komplex von Projektionsapparaten auf die Bühnenwände geworfen werden. Die Scheinwerfer sind unter einem bestimmten Winkel aufgestellt, so daß die auf der Bühne spielenden Schauspieler nicht unter ihr Licht fallen. Auf diese Weise ist es möglich, in kürzester Frist zahlreiche Verwandlungen auf offener Szene durchzuführen, ohne daß es dazu eines größeren technischen Personals bedarf. Diese projizierten Kulissen und Hintergründe sollen nun, wie Versuche ergaben, von einer bisher unerreichten Farbenschärfe und Plastizität sein. Die durch eine besondere Konstruktion ausgezeichneten Projektionsapparate sind auch zur Wiedergabe plastischer Kinematogramme geeignet, wodurch das langersehnte Ziel des natürlich bewegten Bühnenbildes — etwa Blätterfall, Baumeneigen im Winde, bewegtes Wasser, Mehrenwogen in einer Landschaftszeme usw. — als erreicht gilt. Zurzeit wird die Erfindung nach allen Richtungen hin ausprobiert. Die genannte Gesellschaft beabsichtigt für die nächste Spielzeit eines der kleineren Berliner Theater für ihre Zwecke zu pachten oder ein eigenes Gebäude zu errichten.

Staktions Inselgrab. Staktion hat seine letzte Ruhestätte nicht in der Heimat, sondern in Orptollen auf Südgeorgien gefunden, jener antarktischen Insel, die in „kürzerer, weltverlorener Einsamkeit den Pol wie eine Schildwache behütet“. Ein Offizier von dem Mutter Schiff, der dort ankern den Waisfängerkolonne gibt eine Schilderung der wenig bekannten Insel. Das Ganze besteht aus Inseln aus einem in steilen Abhängen abfallenden, vergletscherten Gebirge, und man findet nur hier und da ein kleines Stückchen ebenen Landes. Einmal der auf der nordöstlichen Seite gelegenen Berge sind im Sommer schneefrei; sie sind mit trockenem Buschgras und mit Moos bedeckt. Das ist die einzige Vegetation, die man hier findet. Die Insel ist, praktisch gesprochen, unbewohnt, da sie nur fünf Waisfängerstationen enthält. Diese Stationen haben während der Waisfänger einen Bestand von 200 bis 500 Mann. Zwischen Mai und Oktober ist jede Station indessen nur mit etwa 10 Mann besetzt, die ihre Zeit damit zubringen, die Station zu säubern und in Ordnung zu halten. Einer der Stationsführer hat seine Frau bei sich, die das einzige weibliche Wesen auf der Insel ist. Während wir dort weilten, verging nicht ein Tag, an dem wir nicht von Schnee- und Graupelschauern heimgeleitet wurden; obgleich es mitten im Sommer war, erreichte der Schnee eine Tiefe von durchschnittlich 5 Metern.

Flüge über die Alpen. Ein Flug über die Alpen in einer Höhe von 9000 Metern ist von dem italienischen Flieger Zanetti ausgeführt worden. Er flog 400 Kilometer vom Lago Maggiore in Stollen nach Antibes an der Riviera. Der Flieger hatte einen furchtbaren Sturm zu überleben. Ein anderer italienischer Flieger, der vom Lago Maggiore aus zum Flug über die Alpen aufstieg, wurde nach glücklicher Vollendung in der Nähe von Antibes heruntergeschleudert und von einem Motorboot aufgenommen. Das Flugzeug, das ins Meer fiel, war schwer beschädigt.

Rupprecht, Ludendorff, Stinnes.

Bayerische Verschwörergeschichten.

Die Veröffentlichungen des deutschnationalen Redakteurs Abel über die reichsfeindlichen Umtriebe in Bayern bringen immer neue Interna aus der monarkhistischen Verschwörergesellschaft ans Licht, indem sie teils bestätigt, teils bestritten werden. Der zunächst genannte Sanitätsrat Dr. Pittinger schickt uns eine Berichtigung auf Grund des § 11 des Preßgesetzes, die wir der Vollständigkeit halber hier abdrucken, obwohl sie keineswegs den Bestimmungen des Gesetzes entspricht. Pittinger schreibt:

„Die von Herrn Abel in der „Welt am Montag“ gebrachten Anschuldigungen, die von ihm im „Vorwärts“ ausrechterhalten werden, sind, soweit sie sich auf mich oder mir nahe stehende Kreise beziehen, vom Anfang bis zum Ende unwahr, ebenso die daraus gezogenen Schlüsse über angebliche Putschabsichten in Bayern, die damit in Zusammenhang gebracht werden. Diese Angaben werden auch nicht wahrer, wenn sie sich auf „Gewährsmänner“ aus rechtsstehenden Kreisen berufen. Ich erkläre sie vielmehr, ganz gleich, ob sie sich auf Äußerungen eines deutschnationalen Abgeordneten oder einer anderen Persönlichkeit stützen wollen, als gemeine Lüge und Verleumdung.“

Mit dieser „Berichtigung“ vergleiche man nun die folgenden Tatsachen, die uns schon vor 10 Tagen bekannt wurden und die alle derartigen Erklärungen in einem sehr sonderbaren Licht erscheinen lassen: Das von uns mehrfach angelegte nationalistische Sensationsblatt „Das freie Wort“ in Essen veröffentlichte eine Erklärung, in der behauptet wird, das gesamte Material habe seiner Redaktion bereits vor einigen Wochen vorgelegen, es sei jedoch „aus vaterländischen Gründen“ nicht veröffentlicht, dagegen „den in Betracht kommenden Stellen zur weiteren Veranlassung“ zur Kenntnis gebracht worden.

Diese „vaterländische“ Pose wird von Herrn Abel durch die nachfolgende Erklärung ins rechte Licht gerückt. Abel schreibt uns:

Es ist unwahr, daß das gesamte Material der Zeitung seit Wochen vorgelegen hat. Der in der „Welt am Montag“ erschienene Artikel allein hat dem „Freien Worte“ seit dem 14. Januar vorgelegen. In dem Begleitschreiben an den Herausgeber der Zeitung habe ich schon damals betont, daß ich den Artikel in einem anderen Blatte veröffentlichen würde, wenn das „Freie Wort“ ihn ablehnen würde. Darauf erhielt ich am 17. Januar von dem Herausgeber Herrn Kirchner einen Brief, aus dem ich folgende Stellen wiedergebe:

„Lieber Herr Abel! Beim Lesen Ihres Artikels wurde es mir grün und gelb vor den Augen. Eine solche Sensation hat das „Freie Wort“ noch nicht gehabt und wird es auch nicht wieder bekommen. ... Es hat unterdessen eine Besprechung zwischen Ludendorff, Stinnes und Koopman stattgefunden und die ganzen Differenzen sollen beigelegt sein. ... Sie sind Ihre Angaben objektiv und subjektiv richtig. ... Kurz und gut, meine Freude, wieder einmal eine Sensation im „Freien Worte“ bringen zu können, war schnell vorbei. ... Große Vorbereitungen zwecks Ankündigung dieser Nummer waren getroffen und erhebliche Gelder für Reklamewerbung verwendet worden. Ich gebe aber die Hoffnung, daß wir die Bombe dazwischen werfen können, noch nicht auf und komme morgen oder übermorgen nach Berlin. ... Wenn wir es publizistisch nicht verwenden können, werde ich Dr. Stresemann bitten, sofort den geschäftsführenden Ausschuß der DVP. zusammenzurufen.“

In der Nacht des 18. Januar um 2 Uhr rief mich Herr Kirchner von seinem Berliner Hotel aus in meiner Wohnung an und sagte mir, das Material würde vielleicht doch noch veröffentlicht, ich müsse aber einige seiner Bedenken bezüglich der innen- und außenpolitischen Folgen zerstreuen. Das geschah am 18. Januar im Reichsklub der DVP. zwischen 11¼ und 12¼ Uhr mittags. Herr Kirchner schloß sich meinen Ausführungen reiflich und bedingungslos an. Sie wurden von mir dahin zusammengefaßt, daß wir als nationale Männer die Pflicht hätten, Verbrechen an

12 000 Jahre alte Walflette. In einem Felde bei der englischen Stadt Peterborough wurden kürzlich die Skelette von zwei riesigen Walen gefunden. Da die Fundstelle 30 Kilometer vom Meere entfernt liegt, so erschwert sich die Annahme, daß es sich um Skelette von Walen handelt, die vor wenigstens 12 000 Jahren hier gelebt haben. Sie befinden sich in vorzüglichem Zustand und werden einen wertvollen Schatz der englischen Natur bilden. Die Wale gehörten der unter dem Namen „Orca gladiator“ bekannten Familie der Delphine an, die noch heute durch die in den Polarregionen lebenden Schwertwale vertreten wird. Aber auch diese sind bereits selten geworden. Vor einigen Jahren wurde in der Nachbarschaft der Stelle, an der jetzt die Walflette gefunden worden sind, ein prähistorischer Kahn entdeckt, woraus man vermuten mag, daß vor 12 000 Jahren die Menschen des Stein- und Bronzealters bereits hier der Jagd auf die großen Säugetiere der See oblagen.

Ein Sarg für fünf Millionen Franken. Die Prinzessin von Braganza, die früher Frau von Sachsen-Coburg hieß und lange Zeit unter dem Namen „die Witwe mit der Million Dollar“ bekannt war, hat sich vor einiger Zeit nach Neapel eingeschifft. Sie führt bei ihrer Rückkehr nach Italien den herrlichsten Sarg, den es auf der Welt gibt, mit sich, einen Sarg aus Bronze und Silber, dessen Preis, wie man behauptet, etwa fünf Millionen betragliche Franken beträgt. Dieser außergewöhnliche Sarg wiegt 500 Kilogramm und ist dazu bestimmt, den Leichnam des Prinzen von Braganza aufzunehmen, den ein italienisches Panzergeschiff nach Livorno bringen soll, wo er beerdigt werden wird. Ist eine Gesellschaftsordnung nicht mit eingerichtet, die es möglich macht, daß man fünf Millionen Franken (das sind mehr als 80 Millionen Mark) ausgeben kann, um einen Toten unterzubringen, während Wohnungslose auf der Straße umherlaufen, auf der Suche nach einer Baracke, wo sie Unterkommen finden können?

Das Gastspiel des Wollaner Künstler-Theaters im Deutschen Künstler-Theater. In um drei Abende verlagert. Freitag: „Der Kirschgarten“, Samstag: „Rede Weisheit hat einen Hals“, Sonntag: „Drei Schwelmer“.

Robert und Bertram im Deutschen Opernhaus. Am 18. Februar findet im Anschluß an die Aufführung zugunsten der Verwundeten ein Nachtspiel in ähnlichen Rahmen des Deutschen Opernhauses statt.

Vorträge. Am 18. Februar Goldschmidt wird am Samstag, 7½, im Bürgerpalast des Berliner Rathauses auf Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft für ethnische Kultur über das Thema „Von Richtig bis Falsch“ sprechen.

Die Berliner Frühjahrsvorrede (28. Februar bis 5. März) beruht nicht in gleichem Maße die Interessen von Kunst, Wissenschaft, Landwirtschaft und Sport. Kunstausstellungen, Konzerte und Aufführungen im Theater wechseln mit wissenschaftlichen Vorträgen und landwirtschaftlichen Beratungen. Besonders hervorzuheben sind die Aufstellungen der „Kaiserlinger“ sowie der Oper „Schwarzschwanenreich“ unter Leitung des Komponisten Siegfried Wagner bilden.

Der reichste Mann der Welt? Amerikanische Verhältnisse zufolge muß John D. Rockefeller, der Oelmonopolist und Donator der Standard Oil, die Stellung des reichsten Mannes der Welt an Henry Ford, den Automobilhersteller, abtreten. In einem Anfangs Kamaus durch die Aktion von gegangenen Aktien besitzend, hat sein Bankvermögen sich zwischen 135 bis 145 Millionen Dollar bewegt. Ein dem widersprechen wird, daß es als das größte Bankvermögen bezeichnet werden, über das je ein einzelner verfügt hat. Ford hat bis jetzt noch keine verschiedenen Unternehmungen kapitalisiert auf eine Milliarde Dollar (also in deutschem Geld 800 Millionen Mark).

Der Reichsheimat aufzugeben, wo immer wir sie finden, und daß es unsererseits ein Verbrechen sei, die Spuren dieser Verbrechen zu verwischen oder uns auf faule Kompromisse einzulassen.

Die Nachmittagsbesprechungen in einem Berliner Hotel und im Reichsklub mit Abgeordneten der Rechten machten Herrn Kirchner dann wieder wankelmütig, aber am Abend waren wir uns darüber klar und einig, daß der Artikel am Samstag, den 21. Januar, abends, in einer Extrausgabe des „Freien Wortes“ erscheinen sollte. Ich selbst sollte mit Kirchner am Freitag nach Essen fahren, die Vorbereitungen dazu zu schaffen. Herr Kirchner fehlte bei der Abfahrt des Zuges. Wie ich später erfuhr, hatte ihn ein Abgeordneter der Deutschen Volkspartei für den Nachmittag mit Beschlag belegt. Bei meiner Ankunft in Essen am Freitagabend wurde mir ein Telegramm übergeben folgenden Inhalts:

„Artikel darf unter keinen Umständen veröffentlicht werden, bevor nicht Unterredung Abel, Kirchner, Esche und Ruppert, Vorbereitungen hierzu getroffen.“

Am 21. Januar erklärte ich nun Kirchner, daß ich jede weitere Verzögerung bedauere und höchstens bis Dienstag, den 24. Januar warten würde. Sollte bis zu diesem Tage die Sache zwischen mir, Escherich und Rupprecht nicht reiflich erledigt sein, d. h. sollten die genannten Herren nicht alle Garantien gegeben haben, daß dem hochverräterischen Treiben ein Ende gemacht werde, dann würde ich den Artikel in einem Berliner Blatte veröffentlichen. Daraufhin erklärte mir Herr Kirchner:

„Lieber Herr Abel, ich bin in einer anderen Lage als Sie. Ich verliere durch die Veröffentlichung 10 000 Exemplare der Zeitung, die mir das Stück zu 0,85 M. bezahlt werden.“

Kirchner machte mich noch auf eine weitere Schädigung seines Blattes im Falle der Veröffentlichung aufmerksam, die ich nicht anführe, weil es ein Geschäftsgeheimnis des „Freien Wortes“ betrifft.

Die Frist verstrich, ohne daß ich etwas gehört hätte. Am Freitag aber gab ich den Artikel der „Welt am Montag“.

Die Erklärung des „Freien Wortes“ befaßt, den in Betracht kommenden Stellen sei von dem Material zur weiteren Veranlassung Kenntnis gegeben. Dazu bemerke ich, daß das „Freie Wort“ dazu keine Berechtigung besaß. Es hatte entweder den Artikel abgedruckt, oder ihn mir zurückzuschicken. Das war schriftlich festgelegt. Was nun die „in Betracht kommenden Stellen“ angeht, so hatte eine dieser Stellen bei Vorlage des Artikels die Unversirrenheit, mich zu fragen, ob ich noch nicht auf den Gedanken gekommen sei, die ganze Sache sei ein groß angelegter Hohenzollernschwindel! Ihm (dies „Stelle“ war ein Reichstagsabgeordneter der DVP.) sei der Wittelsbacher jedenfalls lieber als der Hohenzoller! Dieser Abgeordnete ist der Vertreter eines hessischen Wahlkreises. Das „Freie Wort“ darf sich nur nicht wundern, daß für mich solche Stellen nicht in Betracht kommen.

Aus diesen Mitteilungen geht zur Genüge hervor, daß sich heraussagende Führer der Deutschen Volkspartei eifrigst darum bemüht haben, der Öffentlichkeit die sehr interessanten Mitteilungen über die bayerischen Verschwörerpraktiken vorzuenthalten. Vielleicht teilt Dr. Stresemann wenigstens der Öffentlichkeit mit, wer im Auftrage der Deutschen Volkspartei nach München fuhr und was er dort erfahren hat! Sanitätsrat Pittinger aber, der nicht nur für sich, sondern auch für seine Freunde alle Putschabsichten abtuehnet, mag sich mit den nationalistischen Herrschaften auseinandersetzen, die alle Mitteilungen Abels auf Grund ihrer Verhandlungen „als objektiv und subjektiv richtig“ erklärt haben.

Geheimnisvolle Verhaftungen.

Die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei haben im Preussischen Landtag eine kleine Anfrage eingereicht, in der das Staatsministerium gefragt wird, ob ihm bekannt sei, daß in Düsseldorf etwa 30 bis 40 junge Leute, zum Teil noch Schüler im Alter von 16 Jahren von der französischen Besatzung verhaftet worden seien und sich schon einige Wochen in Haft befinden. In Düsseldorf gehe das Gerücht, die Verhafteten sollten ins Ausland abtransportiert werden. Die jungen Leute hätten lediglich einer Jugendorganisation angehört, die den französischen Militärbehörden verdächtig erschienen sei, deren Aufgabe jedoch in Wandern, Turnen und anderen Leibesübungen bestand. Diese kleine Anfrage beantwortet der preussische Minister des Innern folgendermaßen:

„Über den Verbleib der im Dezember in Düsseldorf von der französischen Besatzung verhafteten Personen und die gegen sie erhobenen Anschuldigungen war zunächst weder den Familienangehörigen, noch den deutschen Behörden etwas bekannt, da keinerlei Auskunft erteilt wurde. Gegen diese mit der modernen Strafrechtslehre unvereinbaren Behandlung der Angelegenheit sind von den staatlichen und städtischen Behörden in Düsseldorf eindringliche Vorstellungen erhoben worden, die durch entsprechende Schritte des Auswärtigen Amtes unterstützt wurden. Die fortgesetzten Bemühungen waren schließlich infolge der Erfolglosigkeit, als eine namentliche Liste der Verhafteten von der Besatzungsbehörde mitgeteilt und über die erhobenen Anschuldigungen einige Aufklärung gegeben wurde. Danach sind 29 Personen im Alter von 18 bis 41 Jahren, von denen zwei vorläufig in Freiheit gesetzt sein dürften, in Düsseldorf in Haft unter der Beihilfe zur Auslieferung der Bürger und Einwohner, sich zu bewaffnen, sowie der Gefährdung der Sicherheit der Besatzungstruppen. Ferner ist angegeben worden, daß die Verhafteten im Besitz von Waffen und Munition gewesen seien. Die Verhandlung vor dem französischen Kriegsgericht soll demnächst stattfinden.“

Kähere Feststellungen über den Tatbestand haben unter den obwaltenden Verhältnissen von den deutschen Behörden bisher nicht gemacht werden können. Gewisse Widerungen der Haft sollen inzwischen eingetreten sein. Die deutschen Behörden werden auch weiterhin alle nach Lage der Sache möglichen und gebotenen Schritte im Interesse der Verhafteten unternehmen.“

Die Schuld am Kriege.

Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages nahm Montag einen Antrag an, monoch die bayerische Regierung bei der Reichsleitung dahin wirken soll, daß dem In- und Ausland, insbesondere den Entente-regierungen, das authentische Material unterbreitet wird, welches die im Versailler Vertrag aufgestellte Behauptung von der Schuld Deutschlands am Kriege zu zerlegen vermag. Der Vertreter der Regierung führte dazu aus, daß die bayerische Regierung auch mit anderen Landesregierungen in Verbindung getreten sei und Zustimmung bei Württemberg, Sachsen, Hessen und Braunschweig gefunden habe. Die Reichsregierung habe grundsätzlich den Forderungen zugestimmt, aber den Zeitpunkt für ein offizielles Vorgehen noch nicht für gekommen erachtet.

Der Prozeßprinz.

Ueber das dem Prinzen Friedrich Leopold gehörige Rittergut Düppel-Dreilinden stand längst vor dem Landgericht II Termin an. Das Staatsministerium hatte im Jahre 1910 das Privateigentum des Prinzen an der Herrschaft festgesetzt und diese dem Prinzen überlassen. Im Jahre 1921 hatte sich dann das Finanzministerium von neuem in den Besitz der Herrschaft gesetzt, worauf der Prinz Klage auf Anerkennung seines Eigentums erhob. Der Finanzminister hatte in erster Linie die Zulässigkeit des privaten Rechts bezweifelt. Auf Aufforderung des Gerichts erklärte der Finanzminister, daß er das Eigentum des Prinzen nicht verlehrt habe und nicht verlehren wolle. Seine Handlungen seien vielmehr als bloße Verwaltungshandlungen auf Grund von ihm durch die Beschlagnahmeverordnung vom 30. November 1918 zugewiesener Befugnisse anzusehen. Das Gericht nahm zunächst die Zulässigkeit des ordentlichen Rechtsweges als gegeben an. — Im übrigen war das Gericht der Ansicht, daß nach den Erklärungen des Finanzministers ein Eingriff in das Privateigentum des Klägers nicht als erwiesen gelten könne. Der Prinz sei als grundbuchlich eingetragener Eigentümer in seinen privaten Rechten genügend geschützt; deshalb sei für eine Klage auf Anerkennung des Eigentums ein hinreichender Kausal nicht gegeben, so daß die Klage abgewiesen wurde.

Gemeindliche Baubeihilfen.

Im Einvernehmen mit dem Finanzminister bestimmt der Minister für Volkswohlfahrt über die Gewährung von Baubeihilfen durch die Gemeinden ohne Beteiligung des Staates, daß diese Beihilfen nur dann gewährt werden dürfen, wenn die Wohnungen nach Größe, Anordnung, Raumzahl, Raumhöhe und Ausstattung die notwendigen Anforderungen nicht überschreiten. In erster Linie sollen Flachbauten mit hinreichendem Gartenland berücksichtigt werden. Bauten mit mehr als drei Geschossen sind nur dann zu unterstützen, wenn sie zur Ausfüllung von Baufeldern dienen. Für Begeh- und Notwohnungen dürfen Beihilfen nicht gewährt werden. Bei Wohnungen, die in erster Linie Arbeitern und Angestellten bestimmter Arbeitgeber zugute kommen, kann eine Beihilfe von der Beteiligung des Arbeitgebers an der Ausbringung des unrentierlichen Teiles der Herstellungskosten abhängig gemacht werden. Die Mieten sind alle fünf Jahre, wenn nicht schon vorher dazu Anlaß ist, nachzuprüfen und erforderlichenfalls neu festzusetzen. Die Beihilfe kann jederzeit (auch in Teilzahlungen) zurückgezahlt werden.

Dampfschiffe.

Die Flin prüfungsstelle, die dem Reichsministerium des Innern untersteht, ist, soweit etismäßige Stellen in Betracht kommen, reichlich mit ehemaligen Polizei- und Kriegsgerichtsräten besetzt. Nebenher sind dort im freien Anstellungsvertrag Leute beschäftigt, die wohl auch dem § 9 des Gesetzes Genüge leisten, wonach die mit der Prüfung beauftragten Personen „Persönlichkeiten von künstlerischer und pädagogischer Bildung“ sein sollen. Sie haben jetzt ein Monatsgehalt von — 1361 Mark. Bileicht ist es auch hier rasam, oben etwas zu streichen und unten etwas zuzulegen. Das sage wirklich in der Richtung der notwendigen Befolungsreform.

Die Aussperrung in Dänemark.

Die Aussperrung, über deren Vorgeschichte wir in der Abendausgabe berichtet haben, ist nach dem uns zugewandten Drahtbericht aus Kopenhagen für heute, Dienstagabend, festgelegt.

Polnische Bemühungen.

Wir berichten seitherzeit von den Bemühungen der polnischen Regierung, aus Danzig einen polnischen Kriegshafen zu machen. Der Plan zerfiel an dem Widerstand des englischen Oberkommissars Hating und an einer einstweiligen Besetzung des Bülferbunds. In manchen Kreisen Danzigs betrachtete man es als eine Art Racheaktion, als einige Zeit darauf der französische Dampfer „Sanja“ den internationalen Eiserneisenbahnen zumverlaufend im Danziger Hafen für Polen bestimmt Sprengstoffe laden wollte. Der vom Bülferbund eingeleitete Hafenausbruch und die Hafnarbeiter verhinderten das Vorhaben. Die Folge davon war, eine Beschwerde der polnischen Regierung an den Bülferbund, in der die Behauptung aufgestellt wurde, der Danziger Senat mache die Benutzung des Hafens Polen ohne Grund unmöglich. Oberkommissar Hating, der in diesem Falle die zuständige Instanz gewesen wäre, scheint also für Polen trotz seiner Wiederwahl durch den Bülferbund nicht mehr zu gelten.

Ein angeblich in Romo sitzendes „Reichsdeutsches Pressebureau“, das den Anschein zu erwecken sucht, nicht polenfreundlich gesinnt zu sein, veröffentlicht seit einiger Zeit ungünstige Mitteilungen über Dänemark. Wie wir erfahren, ist der eigentliche Sitz des Bureaus Warschau. Es steht mit der polnischen Pressepropaganda in Verbindung, die mit dem polnischen Verband zum Schutz der Westmarken hand in hand arbeitet. Polen verfolgt mit dem Bureau anscheinend den doppelten Zweck, Dänemark zu schädigen und Deutschland gegen Dänemark zu erbittern.

Der Reichstagsausschuß für den Reichshaushalt strich am Montag beim Etat des Reichsfinanzministeriums eine ganze Reihe von Stellen. Die Parteien haben sich verständigt, daß sie in dieser Weise bei allen Ministerien vorgehen. Die Reichsregierung wird bis zum ersten Oktober in einer Denkschrift den Plan für weitere Ergebnisse dem Reichstago unterbreiten. Besonders eingehend wurde die Reichsvermögensverwaltung für die besetzten rheinischen Gebiete besprochen. Die Abgeordneten dieser Gebiete schwebten nachdrücklich, wie notwendig wünschende Hilfe ist. Das Ministerium und alle Parteien erkannten das ausdrücklich an. Die Ministerialräte wiesen aber auch nach, daß in einigen Fällen unberechtigte Anforderungen gestellt werden, die beim besten Willen nicht erfüllt werden können. — Für die Betriebskrankenkassen des Reichs sollen einzeln und allein zu „Hilfsleistungen“ 1,7 Millionen Mark im nächsten Jahre ausgegeben werden. Der Betrag wurde hier gestrichen, damit die Frage beim Haushaltsplan für das Arbeitsministerium geprüft wird, ob nicht diese Betriebskrankenkassen befristet werden können.

Das Urteil gegen die Marburger Studenten. Vor dem Reichsgericht sind gefaßt, wie wir bereits im letzten Abendblatt meldeten, die Repressionsverhandlung in dem letzten Marburger Studentenprozeß fast. Das Reichsgericht verwarf sämtliche Revisionen, da ein Verstoß gegen das Anwesenheitsgesetz nicht vorliegt.

Italienische Rußlandhilfe. Ein Dampfer des italienischen Seemannsverbandes ist mit Lebensmitteln, Ausrüstungsgegenständen usw. im Werte von drei Millionen Lire, die von den italienischen Sozialisten gesammelt worden sind, nach Rußland abgefahren.

Auslandsrundschau.

Als erstes deutsches Schiff in China seit dem Kriege ist „Reveland“ in Longkong eingetroffen. Die kroatischen Abgeordneten im südslawischen Parlament fordern einen eigenen kroatischen Staat; doch Hochparlamentarier in serbischen Kreisen. — Zwischen den katholischen Kroaten und den orthodoxen Serben bestand schon immer große Spannung.

Berliner Schulleiterwahlen. Ein Berliner Schulstück in 5 Akten.

Fast ein Jahr ist es her, daß im Berliner Schulwesen ein Schauspiel begann, inszeniert von der hohen Schulbehörde selbst, gespielt von einem Teil der Berliner Bekehrten und ihren Borgefetzten. Publikum ist die breite Öffentlichkeit, soweit sie zusehen will! Da aber leider ein großer Teil des Stückes, vielleicht der interessanteste, hinter den Kulissen sich abspielt, erscheint es uns geboten, die Zuschauer über das Stück im Zusammenhang noch rechtzeitig aufzuklären, besonders da der letzte Akt erst noch gespielt werden soll. Vielleicht dürfen wir sogar darauf rechnen, daß das Berliner Proletariat mitspielen will, um so dem Stück einen etwas vollstimmlicheren Schluß zu geben, als die Verfasser ihn beabsichtigen. Ja, es erscheint uns sogar höchst notwendig, daß die Arbeiterschaft eingreift, damit das Stück seinen pösslichsten Charakter behält. So kann schließlich ein befreiendes Lachen durch die Arbeiterschaft geben. Wer zuletzt lacht, lacht am besten. Gedacht ist das Stück von seinen Urhebern als Trauerspiel, bei dem 18 sozialistische Lehrer und einige Oberlehrer auf der Strecke bleiben.

I. Akt:

Ort der Handlung: Berliner Rathaus; Zeit: 1921, 2 1/2 Jahre nach dem 9. November.

Es sitzen zusammen einige jüngere und viele alte, würdige Mitglieder der Schuldeputation der Bezirke I bis VI, also hiesiger ehemals königlicher Haupt- und Residenzstadt Berlin. Allen Traditionen getreu, hat man wieder einmal gegen „vaterlandslustige Gesellen“ zu kämpfen, ungefähr 5 an der Zahl, die einige gewissenlose Leute mit der Zeitung von Berliner Volksschulen betrauen wollen. 5 unter 42, man denke! Dissidenten! In christlichen Schulen! Ergebnis: von den 42 zu besetzenden Stellen wird nicht eine diesen roten ausgespart. Triumph der bürgerlichen Mehrheit. (Vorhang fällt.)

II. Akt:

1. Szene: Eine ähnliche Versammlung wie im I. Akt, aber weniger von alten Traditionen beherrscht. Man soll gleichfalls Schulleiter wählen, aber diesmal für höhere Schulen. Die Wahl fällt auch auf einige Sozialisten, sogar auf eine „rote“ Dame. 2. Szene: Ein bürgerliches Bezirksamt, Tiergarten, erfüllt von hohen vaterländischen Idealen, protestiert gegen die Wahl dieser Dame, die im vornehmen Tiergartenviertel eine Schule leiten soll. Man beansprucht nach § 46 des Gesetzes über die Stadtgemeinde Berlin das Recht, selbst zu wählen.

III. Akt:

Wechselnde Szenenfolge: Ministerium des Innern, Provinzialschulkollegium, Ministerium für W., R. und V. Ueberoffizient viel Staub von den Beiräten, die bestig in Bewegung sind; Juristen essen mit diesen Bänden umher. Der Weisheit letzter Schluss: Das Bezirksamt Tiergarten hat recht, sämtliche Wahlen sind ungültig, auch die Wahl der 42 Rektoren, die Bezirksämter müssen neu wählen. Schauplatz weiterhin die 6 Berliner Bezirksämter. In 5 davon herrschen die vaterlandslustigen Gesellen, nur in einem noch ist der Geist der guten alten Zeit vorhanden. Man wählt dementsprechend. Amt Tiergarten wählt nur bürgerliche Kandidaten, denn nur diese haben wirklich die soziale Einwirkung und Tüchtigkeit. Die übrigen 5 Bezirke frönen leichtfertig nicht nach Tüchtigkeit! Und nur so kann das Unerhörte geschehen: man wählt insgesamt 18 Sozialisten!!! Die übrigen 24 werden aus dem bürgerlichen Lager genommen, so wie die Schuldeputation sie ausgewählt hatte. Auf diese Weise werden wenigstens nicht 42 Schulen ins Unglück gestürzt, sondern nur 18! Trotzdem Empörung über die rein politischen Wahlen, Nachschwärze rechts, der Knoten schürzt sich, man steht gespannt dem neuen Akt entgegen.

IV. Akt:

(Spielt zum großen Teil unter Ausschluß der Öffentlichkeit, ein unerhörtes Spiel im Theaterleben. Wir haben aber zum Glück einen Gewächsmann, der uns informieren kann.)

1. Szene: Die Akten der Gewählten gelangen ins Ministerium und ins Provinzialschulkollegium, dort sollen die Beratungen erfolgen. Mit diesen Akten zugleich laufen ebenfalls

viel Patente der betreffenden Lehrerkollegien ein, 17 Schulen erklären, sie wollen den Sozialisten nicht haben, d. h. das Wort Sozialist schreiben sie natürlich nicht, sondern umschreiben es mit „unkollegial, religionslos, untüchtig“ usw. Nur eine Schule, eine von 18, protestiert nicht.

2. Szene, besonders feierliche Sitzung, die Herren Geheimräte im Provinzialschulkollegium leisten einen Schwur: sie werden rein sachlich, frei von politischen Vorurteilen, jeden Kandidaten auf Herz und Nieren prüfen, gleichgültig ob bürgerlich oder sozialistisch, ob er sich eignet für die auserlesene Stellung eines Schulleiters.

3. Szene und folgende: Die rein sachliche Prüfung beginnt, aber nur bei den Sozialisten, da man inzwischen erkannt hat, daß die bürgerlichen Kandidaten ohne weiteres vertrauenswürdig sind, und sie deshalb sofort bestimmte Mander Geheimrat entdeckt bei der Revision zu seiner Überraschung, daß die Sozialisten fast so aussehen, wie andere Lehrer auch. Aus der Fülle der „rein sachlichen“ Revisionsfragen nur eine: An einer Schule ist eine sozialistische Dame gewählt. Der Schulkollegium kommt zur Revision, aber nicht allein, er bringt sich jemand mit, der statt seiner den Unterricht begutachten soll, und das ist — der Gegenkandidat dieser Dame, der noch immer hofft, selbst dort bleiben zu dürfen, und jedes Interesse hat, ihre Wahl zu hintertreiben, außerdem selbst sonst, daß er als national und christlich führender Mann keine Sozialistin wählen könne!

Noch eine Szene:

Die 18 Lehrerkollegien werden vom PER aufgefordert, sich über die neugewählten Kandidaten zu äußern. Sofort in 18 Schulen neuer Mut, d. h. nein, wieder nur in 17, denn eine Schule tritt zum Entsetzen der Schulaufsichtsbeamten, für — die sozialistische Kandidatin ein! Die übrigen 17 sollen ein Urteil abgeben über Männer, die sie gar nicht kennen. Tut nichts, der Jude wird verbrannt! Was ich nicht weiß, lüchle ich zu erfahren. Man holt also unter der Hand Erkundigungen ein. Jeder Klatsch wird bereitwillig als „Material“ gegen den Betreffenden benutzt, liefert Stoff zu Protesten.

Und nun kommt der letzte Akt, dessen Verlauf wir nur erst ahnen können. Greift jetzt nicht wie in der alten Tragödie ein Gott ein, so werden voraussichtlich sämtliche 18 Sozialisten abgelehnt, einmal, weil ja die Kollegen protestiert haben, und wo dieser Grund nicht vorliegt, nun da wird man schon einen anderen finden. Pädagogische Unzulänglichkeit vermag ja jeder Revisor ganz nach Belieben festzustellen. Aber auf Götter ist nicht zu hoffen, wo es sich um die Rettung von Sozialisten handelt, oder die Arbeiterschaft, deren Geduld unerschöpflich scheint, übernimmt selbst die Rolle des Gottes, zerhaut die Knoten und beweist, daß sie nicht gewillt ist, ihr Schulwesen völlig dem Bürgertum zu überlassen.

Sozialistische Elternbeiräte, formt den Schulkollegium nach eurem Willen, lernt von der Minderzeit der Bürgerlichen. Jedem Protest von dort müssen zwei Proteste von eurer Seite folgen, besser noch, vorangehen, damit die Herren im Provinzialschulkollegium endlich erkennen, daß, wo es Ernst wird, das Proletariat nicht mit sich spielen läßt, sondern selbst aktiv wird. Vielleicht muß dann das Bürgertum betrübt über die Bosse schreiben: „Unser verlorenes Berliner Schulparadies.“

Die Brotpreiserhöhung in Berlin.

Das Brot 13,80 M., die Schrippen 45 Pf.

In der gestrigen Sitzung der Ernährungsdeputation des Magistrats wurde beschlossen, den Preis für ein Großbrot im Gewicht von 2050 Gramm für Groß-Berlin vom Montag, den 20. Februar, ab auf 13,80 M. festzusetzen. Eine auf Promanten zu liefernde Schrippe im Gewicht von 50 Gramm soll 45 Pf. kosten. Die Vätermeister wollten den Brotpreis auf 14 Mark festgesetzt wissen. Den Ausgleich zwischen der Preispreiserhöhung ab 16. Februar und der erst vier Tage später erfolgenden Preispreiserhöhung hat das Reich zu tragen.

ertragen, daß sie sie verlieren sollte — gerade jetzt, da sie ihr doppelte lieb geworden war.

„Selma,“ flüsterte sie, „Sie dürfen nicht gehen!“ Das junge Mädchen fürchtete, daß ihr Opfer fruchtlos sein könne.

Sie ergriff Helwigs Hände und flüsterte eindringlich: „Ich bin ja frei und schulde niemand Rechenschaft!“ Frau Hjarmer umschloß leidenschaftlich ihren Kopf und küßte sie auf Mund und Augen.

Als Selma die Tür hinter sich geschlossen hatte, wandte Hjarmer sich an Berner und sagte mit schneidender Kälte: „Ihre Unwahrheit betriebs der Zeit beruhte also auf Diskretion — Ihr Mißbi ist bewiesen, Sie sind frei!“

Dann fügte er mit einer kurzen, formellen Verbeugung hinzu, ohne ihn anzusehen:

„Ich spreche Ihnen hiermit meine Entschuldigung aus!“ Hilfe bedachte sich einen Augenblick. Er sah von einem zum anderen. Dann beugte auch er sich vor der Notwendigkeit, die das junge Mädchen so stark empfunden und der es solch edelmütiges Opfer gebracht hatte.

„Leben Sie wohl, Frau Hjarmer!“ sagte er leise, fast demütig. Das war alles.

Frau Helwig folgte ihm einige Schritte, indem ihr Herz in einer letzten Unentschiedenheit klopfte.

Dann schloß sich die Verandatür hinter Berner; und Hjarmer ließ sich todmüde in den Stuhl neben dem Rauchtisch sinken.

Als Doktor Syll einen Augenblick später in der Kontortür stand, ohne daß einer von ihnen sein Kommen gehört hatte, wurden sie beide vom selben Gedanken ergriffen.

Frau Helwig stürzte auf ihn zu.

„O Gott im Himmel! — Retten Sie das Kind!“

Hjarmer aber, der noch zu müde war, um sich zu erheben, sah hilflos zu ihm auf und sagte flehend:

„Allen darf nicht sterben!“

Vom Morgengrauen.

1.

Frau Helwig ging hin und her zwischen Tisch und Stuhl, während sie bei jeder Wendung den Kopf zu den Fenstern drehte, als erwarte sie, daß jemand vom Garten kommen sollte.

Hjarmer sah noch im Stuhl am Rauchtisch, ab und zu griff er sich der heftigen Schmerzen wegen an den Kopf. Schließlich sagte er irritiert:

Stadt in Not.

Die neuen Tarifierhöhungen.

Der Ständige Staatsauschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat gestern die neuen Tarife (Elektrizität 6 M., Gas 3,30 M., Wasser 1,90 M.) angenommen, und zwar mit allen bürgerlichen Stimmen vorläufig bis zum 30. Juni. Gegen eine solche Befristung wäre an und für sich natürlich nichts einzuwenden, wenn nicht der Vertreter der Deutschnationalen ausdrücklich erklärt hätte, daß man dadurch einen neuen Druck auf die Beratungen des Manteltarifs ausüben wolle. Eine solche Erpresserpolitik dürfte das ungeeignetste Mittel sein, um in der Frage des Manteltarifs zu einer Verständigung zu kommen, sie wird auch der Verabschiedung der Deckungsanlagen im Plenum neue Schwierigkeiten entgegentürmen, da auch unsere Fraktion sich stets auf das entschiedenste gegen eine solche Verknüpfung zweier völlig verschiedenartiger Fragen gewehrt hat.

Durch die Verzögerung der Deckungsanlage, an der ja die Deutschnationalen dieselbe Schuld tragen wie die Unabhängigen und Kommunisten, sind der Stadt aber schon jetzt schwere Verluste zugefügt. Der Räumerei gab ein Bild von der augenblicklichen finanziellen Not und machte zugleich dem Ausschuß Mitteilung von den harten Maßnahmen, die er dem Magistrat bei dieser Sachlage am Mittwoch vorschlagen müsse. Hierzu gehören u. a. eine Einschränkung der Straßenreinigung und -beleuchtung, die doch wahrlich schon kümmerlich genug ist, eine weitere Einschränkung der Reinigung der städtischen Bureau und Schulen, die bekanntlich schon jetzt vollkommen ungenügend ist, die Aufhebung der Schulgeldkassellung, die eben durchgeführt werden sollte, restlose Durchführung des Kohlenkontingents für Beamte und Angestellte u. s. l. Bei einer solchen Notlage der Stadt müssen die städtischen Werke sich natürlich selbst erhalten, und die arbeitende Bevölkerung Berlins wird einsehen, daß bei einer 42prozentigen Steigerung der Kohlenpreise die Steigerung eines Kohlenproduktes wie das Leuchtgas um das 30fache nicht als unbillig gelten kann und daß die Agitationspolitik von rechts und links wohl die Schwierigkeiten und Räte der Stadt steigern, aber im übrigen weder der Arbeiterschaft noch der Stadt auch nur um einen Deut helfen kann.

Sittlichkeitskämpferinnen.

Aus Duldung zum Verbrechen getrieben.

Ein Bild moralischer Verkommenheit zweier junger Mädchen entrollte eine Verhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts III. Wegen Beibringung von Giften, Diebstahls und Hehlerei waren die 20jährigen Arbeiterinnen Else Schulze und Frieda Regenhardt angeklagt. — Die beiden Angeklagten, die sich schon von der Schule her kannten, zählten zu jenen modernen jungen Mädchen, deren größtes Vergnügen darin besteht, in seidenen Abköchen, seidenen Strümpfen und Badschuhen die Tanzböden zu besuchen und dort stets wechselnde „Kavallere“ kennen zu lernen.

Als beide im Frühjahr vorigen Jahres nach einem Streit erbeitslos geworden waren und das Hungerloch berannah, sahen sie, lediglich um sich neue Pfingstkleider kaufen zu können, folgenden ungeheuerlichen Plan: Die Angeklagte Schulze war mit einer Kohlenhändlerin G. in der Gvarnlauer Straße bekannt und wählte, daß diese ihre Ersparnisse und ihre Tageseinnahme stets in einer verschlossenen Kommode aufbewahrte. Beide Mädchen sahen den Entschluß, die alte Frau einzuschleusen und sie dann zu bestehlen. Die Schulze besorgte mit Hilfe eines Rezeptes ihrer Mutter 20 Veronaltablets, die sie zu Pulver zerrieb. Unter dem Vorwande, daß ihr in Pommern ansässiger Bruder ein ganzes Schwein schlachten und sie aus Freude darüber eine Kanne Bier „ausgeben“ wolle, wurde die Frau G. dazu gebracht, zwei Glas Bier zu trinken, welchem vorher das Schlafmittel zugefügt war. Frau G. schlief auch ein. Die S. spülte vorsichtshalber die Kanne und die Gläser aus, damit die Reste nicht verräterisch wirken könnten und veranschaffte dann unter Mithilfe von 2000 M. und goldnen Schmuckstücken. — Der Gericht besetzten sich die Angeklagten gegenseitig. Die Verhandlung fand einen unerwarteten Abschluß dadurch, daß die Angeklagte Schulze plötzlich wie leblos zusammenbrach und nach ärztlichem Gutachten einen schweren hysterischen Anfall erlitt, der eine Weiterverhandlung unmöglich machte.

„Liebste, kannst du dich nicht sehen! — Du gehst ja unabsichtlich hin und her?“

Frau Helwig lehnte sich schweigend auf die Armlehne des Sessels und starrte hilflos ins Mondlicht, dessen schiefe Blicke jetzt nur noch bis zur Gehirnmittellinie reichten.

Hjarmer atmete schwer.

„Solche Nacht habe ich noch nie erlebt!“ seufzte er. „Alles stürzt über uns zusammen — nicht?“

Es erfolgte keine Antwort, und er fuhr zu sich selbst gewandt fort:

„Sie war die letzte, von der ich so etwas geglaubt hätte! — Mit ihren treuerhitzigen Augen und ihrer guten Stimme ist sie umhergegangen und hat uns von früh bis spät betrogen — nicht, Liebste?“

„Betrogen!“ kam es unwillig. „Schuldet sie uns Rechenschaft über ihre Gefühle?“

„Über Ihre?“ Hjarmer richtete sich indigniert im Stuhl auf.

„Kennst du das Gefühl, wenn ein gebildetes, junges Mädchen ein heimliches Verhältnis hat — einen Geliebten?“

Er erhob sich und sah seine Frau an.

„Ich begreife nicht, wo du deine Augen gehabt hast!“

„Ich?“ Frau Helwig wandte sich zu ihm um.

„Ja, du — Liebste! — Du hättest doch etwas merken müssen, da du sie den ganzen Tag um dich hattest!“

„Was hätte ich merken sollen?“

„Etwas Verstecktes — Frivoles.“

„Frivol?“ kam es hart.

„Ihr standet doch so vertraulich miteinander! — Etwas in ihrer Rede, wenn ihr allein waret, mein ich — etwas Freies — Unanständiges, das darauf deute hätte.“

Frau Helwig erhob sich und sah ihn erstaunt und unwillig an:

„Du meinst also — daß — wenn sie eine Liebe gehabt hätte? ...“

Hjarmer blickte ärgerlich auf.

„Kennst du das Liebe?“ sagte er unwillig. — „Ein junges Mädchen, das einen heimlichen Liebhaber hat? — Das Wort ist wirklich zu gut dafür!“

Er legte die Hände auf den Rücken und begann im Zimmer auf und ab zu gehen.

„Und noch dazu einen Bestof! — Einen simplen Menschen! — Einen, der Wechsel fähig!“ (Fortsetzung folgt.)

Eine seltsame Nacht.

Roman in vier Stunden von Laurids Bruun

Sie beugte den Kopf, während ihr heiße Tränen über die Hände liefen.

„Sie, die ... so haben Sie uns hinteres Licht geführt? Sie, die wie eine Tochter hier im Hause gehalten wurde? Jetzt verstehe ich Ihre Überraschung, als ich Ihnen Herrn Hilbe vorstellte. Mit einer beständigen Lüge haben Sie in unserer Mitte gewirkt — Sie, die —“

Oh, wie war es entsetzlich! Wie traf jedes Wort sie bis ins Herz! Und sie fühlte plötzlich — sie hatte es bis jetzt nicht gewußt, wie lieb sie ihn hatte — diesen Mann einer anderen!

„Ich habe nicht gelogen!“ flüsterte sie und griff sich ans Herz.

„Und das Kind, das Ihnen anvertraut war! In demselben Zimmer! Bei dem armen, kranken Kind — haben Sie — und Ihr —“

Die Bewegung übermannte ihn. Er griff sich an den Kopf; und als er wieder Herr seiner selbst geworden war, sagte er kalt und hart:

„Wie lange hat dies heimliche Verhältnis gedauert?“

Selma schwieg. Sie mußte nicht, was sie antworten sollte.

Er mißverstand ihr Schweigen, besann sich und sagte kalt und fremd:

„Wie Sie wollen! Ich habe kein Recht, mich in Ihr Vertrauen zu drängen. Aber Sie werden begreifen, Fräulein Sindal, daß Sie nach diesem nicht mehr in unserem Hause sein können — adieu!“

Fräulein Selma sah ihm einen Augenblick nach, als hoffte sie, daß er umkehren und seine Worte zurücknehmen würde. Dann stieg der Stolz in ihr auf. Sie richtete sich auf und ging zur Gehirnmittellinie.

Frau Helwig hielt sie mit beiden Armen fest. Sie war so benommen von dem Helmenut und der Rufopferung, die Selma gezeigt hatte, daß sie ihre Beweggründe nicht ganz ersah. Aber sie fühlte instinktiv, daß es eine Entweihung wäre, wenn sie ihren Ekelmut dadurch zuschanden machen würde, daß sie den wahren Zusammenhang verriet. Sie beugte sich ohne Bedenken vor der Notwendigkeit, die solch großes Opfer erzwungen hatte. Aber sie konnte den Gedanken nicht

Die Arbeit der Bezirke.

Die Wahlen in den Bezirken kommen nur langsam zum Abschluß. Der 10. Verwaltungsbereich (Zehlendorf) wählte drei unbesetzte Stadträte. Selbstverständlich wurden hier, wo eine bürgerliche Mehrheit vorhanden ist, drei Rechtsparteiler gewählt, während im Bezirk 14 (Neukölln) die fünf unbesetzten Stadträte Dähne, Orgle w. h., Köhn, Riemer und Schröder eingeführt wurden. Zwei der besetzten Stadträte sind noch nicht best. Ein Antrag auf baldige Neuwahl der Beisitzer zum Wirtseingangsamt gelangte hier zur Annahme.

Schulfragen.

In der Bezirksverordnetenversammlung des 4. Bezirks (Prenzlauer Berg) gelangte eine gemeinsame Anfrage der SPD., der USPD. und der Demokraten zur Besprechung, die sich auf die Schule der Jüdischen Gemeinde in der Kettebergstraße bezog. Die Schule sollte für die Bureau des Bezirksamts bereitgestellt werden. Nachdem alle Verhandlungen einen für das Bezirksamt günstigen Abschluß erkennen ließen, zog die Jüdische Gemeinde plötzlich auf Betreiben ihrer frommen Mitglieder die Zustimmung zurück. Die Sache wurde nun dem Kultusministerium überwiesen, das sich nicht für zuständig erklärte und das Bezirksamt an das Polizeipräsidium verwies. Dieses erklärte sich ebenfalls nicht für zuständig. Man wandte sich nun an das Ministerium des Innern, das die Angelegenheit wiederum dem Kultusministerium übergab. Das Kultusministerium aber glaubte die Angelegenheit wiederum an das Polizeipräsidium weitergeben zu müssen, und so ging der Tanz fort, so daß die Angelegenheit bis heute noch nicht zum Abschluß gekommen ist. Auf Antrag der SPD. wurde nunmehr folgende Entscheidung einstimmig angenommen: „Die Bezirksversammlung nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß das Kultusministerium in der Angelegenheit der Freigabe der zum größten Teile leer stehenden Schulräume der Jüdischen Gemeinde in der Kettebergstraße noch immer keine Entscheidung gefasst hat, wodurch mehrere Wohnungen, die jetzt als Diensträume des Bezirksamts benutzt sind, seit Monaten der Bevölkering entzogen werden, und ersucht das Bezirksamt, beschwerdeführend bei dem Herrn Ministerpräsidenten vorstellig zu werden.“ Am 15. Bezirk (Treptow) wurde beschlossen, die höhere Mädchenschule Adlershof in ein Gymnasium umzuwandeln, und gegen die zehn Stimmen der Rechtsfraktion wurde ein Antrag angenommen, in Adlershof eine Aufbauschule zu errichten. Diese Schule soll drei Klassen umfassen, die von Knaben und Mädchen besucht wird, die die sieben Klassen einer Volksschule mit Erfolg absolviert haben. Das Urteil über die Eignung der Schüler und Schülerinnen, die gemeinsam erzogen werden sollen, soll dem Lehrerkollegium der betreffenden Volksschule unter Hinziehung der an der Aufbauschule tätigen Lehrer zustehen. Vom Standpunkte der Pädagogik ist die Schule berechnet für alle diejenigen Schüler und Schülerinnen, die trotz guter wirtschaftlicher Lage ihrer Eltern ein langsames Entwicklungstempo, eine geistig später ausreisende Anlage haben oder deren Eltern die Begabung zu spät erkannten. Im 10. Verwaltungsbereich (Zehlendorf) brachten die Bürgerlichen einen scharfen Protest wegen Nichtzahlung des Stadtschulzusses an eine Privatschule in Nikolassee ein. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Demokrat Ministerialdirektor Seefeld, nachdem sich unsere Genossen gegen die Schärfe der Resolution gewandt hatten: „In der heutigen Zeit könne der Ton noch oben hin gar nicht scharf genug sein, und er versichere, daß er in seiner amtlichen Tätigkeit stets einen sehr energiegelassen Ton gegen die behördlichen Spitzen annehme.“ Die sehr sachlichen und richtigen Ausführungen unseres Genossen Holz beantwortete ein deutschnationaler mit einer Brandrede gegen den sozialistischen Berliner Magistrat, dem er vorwarf, nur für seine eigenen Leute zu sorgen und die höheren Schulen in jeder Weise zu unterdrücken und zu benachteiligen. Als Genosse Draemer erklärte, daß diese Ausführungen von blindem Haß und Unverständnis diktiert seien und daß es höchst bedauerlich sei, daß in einer Versammlung, in der nur erleuchtete Köpfe sitzen sollten, ein derartiger Kohn produziert werde, erhielt er einen Ordnungsruf. Selbstverständlich wurde der Protestantrag der Rechtsparteien angenommen.

Wirtschaftsfragen.

Im 4. Bezirk (Prenzlauer Berg) wurde das Bezirksamt ersucht, aus hygienischen Gründen für schnelle Abfuhr des Mülls zu sorgen, der überall auf den Höfen in großen Mengen lagert. Im Bezirk 11 (Schöneberg) gab es lebhafteste Auseinandersetzungen wegen einer Vorlage des Bezirksamtes, die seit 1911 bestehende städtische Fischhalle aufzuheben. Zum erstenmal seit ihrem Bestehen braucht dieser Betrieb einen kleinen Zuschuß, der unter Berücksichtigung der fast 500 000 M. betragenden Ueberschüsse geradezu lächerlich gering erscheinen muß. Von den Rednern der Linken wurde behauptet, daß der Dezernent, der Wirtschaftsparteiler Hage, diesen Anlaß benutzen wolle, um einen der ihm so verhassten kommunalen Betriebe aufzuheben und um auch ein Versprechen einzulösen, das er während der Wahlbewegung gegeben habe. Dem arg in die Enge getriebenen Stadtrat kam der Bürgermeister Berndt zu Hilfe, trotzdem aber wurde die Vorlage einem Ausschuss zur weiteren Beratung überwiesen. Im 14. Verwaltungsbereich (Neukölln) entspann sich eine längere Aussprache wegen Bereitstellung von Mitteln für die in Angriff genommenen Bauprojekte, Siedlungshäuser, Säuglingsheim usw. Die Versammlung beschloß einstimmig, den Berliner Magistrat zu ersuchen, die notwendigen Mittel zu gewähren, da der gegenwärtige Zustand große finanzielle Verluste hervorruft. Ferner kam ein Antrag zur Annahme, daß Maßnahmen zur Gewährleistung einer gerechten Feststellung des Gasverbrauches bei künftigen Gaspreisverhandlungen getroffen werden. Im 16. Verwaltungsbereich (Cöpenick) wurde beschlossen, das Einfassieren der Gasrechnungen im ganzen Bezirk einheitlich monatlich vorzunehmen.

Sonstige Vorlagen.

Im 4. Bezirk (Prenzlauer Berg) verlangten die Kommunisten, daß das Bezirksamt den Berliner Magistrat auffordere, die Vorlage zur Deckung der Lohnerhöhung der städtischen Arbeiter zurückzunehmen. Der Antrag wurde natürlich abgelehnt. Die USPD. wachte hierbei, wie schon so oft. Die Ablehnung wurde von den zahlreich anwesenden Arbeitern mit lauten Bedrohungen und Beschimpfungen quittiert. Im 11. Bezirk (Schöneberg) glaubte der Stadtrat Voran das neue Groß-Berlin anfänglich der Einbringung der Haushaltspläne von 1922 anzustreben zu müssen. Zum Leidwesen der Bürgerlichen mußte er aber zugeben, daß die Finanzverhältnisse der übrigen Städte noch trauriger sind, und widerlegte somit selbst die Wahlsprüche dieser Parteien über die Miswirtschaft des sozialistischen Magistrats. Hier sowohl als im 15. Bezirk (Treptow) brachten die Kommunisten ihre bekannten Anträge bezüglich der Erwerbstlosen ein. Im 16. Verwaltungsbereich (Cöpenick) wurde beschlossen, die Entschädigung für die freiwillige Feuerwehr einheitlich zu regeln, ferner wurde ein Bewachungsplan, der die Freihaltung der Uferflächen festlegt, angenommen. Ein vom Berliner Magistrat abgelehnter Plan, ein Erholungsheim zu errichten, soll nochmals eingereicht werden.

Totschlag in der Landsberger Allee.

Vor seiner Wohnung wurde in der vorgestrigen Nacht der Kandidat Gustav Krone aus der Landsberger Allee 157/158 erschlagen. Er hatte versucht, zwei Gäste zu beruhigen, die noch in später Stunde in dem Hause neben seiner Wohnung ein Lokal besuchen wollten. Er wurde von ihnen schmerzlich mißhandelt. Seine Frau stand ihm später mit schweren Verletzungen in einer großen Blutlache liegend auf. Bald darauf starb er im Krankenhaus Friedrichshagen. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Die eingetragenen Wasserleitungen.

Von Bewohnern der Hauses Schulstr. 59/60 in Berlin gehen uns Mitteilungen über das Verhalten des Eigentümers bzw. dessen Gattin zu, denen wir folgen des entnehmen: „Seit Einsetzen des strengen Frostes, also seit 3 Wochen, ist die Wasserzuführung für einen Teil des großen Hauses durch Einfrieren des Hauptleitungsrohres unterbrochen, so daß die betreffenden Mieter gezwungen sind, die Straßentrassen zu benutzen. Auch die Klosettspülung funktioniert nicht, was ebenfalls, abgesehen von den schweren sanitären Folgen, zu allerlei Unzuträglichkeiten geführt hat. Trotz aller Bitten und Vor-

Referentenzusammenkunft!

Alle Genossen, die sich für die nächsten Versammlungen als Referenten verpflichtet haben, werden gebeten, heute, Dienstag, den 14. Februar, abends 7 Uhr, zu einer sehr wichtigen Besprechung im Konferenzsaal der Vorwärts-Redaktion, Lindenstr. 3, 4. Hof IV, zu erscheinen.

Reichstagspräsident Genosse Löbe

wird das einleitende Referat halten.

Der Bezirksvorstand.

haltungen beim Vermieter ist keine Abhilfe zu erreichen. Lehreter erklärt abschließend, bei der Wirtin alles versucht zu haben, aber ohne Erfolg. Auch die Treppnbeleuchtung verfaßt seit drei Wochen. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Gesundheitspolizei hier nach dem Rechten sieht und den Eigentümer Wille, der in der Schöner Str. 130 wohnt, über die Pflichten eines Hauswirts gegen seine Mieter aufklärt.

Seit dem Einsetzen der Frostperiode sind in vielen anderen Häusern ähnliche Zustände festzustellen. Das Hausen in solchen Wohnungen wird in der Großstadt geradezu unerträglich. Schnellige Abhilfe ist dringend erforderlich.

Ein lustiges Gefängnis.

Durchstreichereien im Untersuchungsgefängnis lagen einer Anklage wegen ökonomischer und passiver Besetzung zugrunde, die den Architekt Walter Desterle und den Gefangenenaufsicher Wilhelm Weber vor die Strafkammer des Landgerichts II führten. Die amerikanische Schauspielerin Irma Scholman war mit dem Desterle die Ehe eingegangen; sie beschuldigt ihn nun, daß er, nachdem er unter falschen Vorwänden den größten Teil ihres Vermögens in Höhe von 40 000 Dollar ihr abgenommen habe, eines Tages verschwunden sei. Er ist dann in Berlin verhaftet worden. Er lag hier im Untersuchungsgefängnis auf der Station, die Weber zu beaufsichtigen hatte und mit dem er sich anfreundete. Durch die Vermittlung des Aufsehers knüpfte er mit einem auf derselben Station liegenden Holländer van Reede einen freundschaftlichen Verkehr an. Dieser verlor ihn mit Lebensmitteln, sie steckten sich gegenseitig Zettel zu, Desterle besuchte auch den Holländer wiederholt in seiner Zelle. Als der Holländer aus der Untersuchungsanstalt entlassen war, entwickelte sich ein lebhafter Briefwechsel zwischen den beiden und mit anderen Personen, wobei Weber den Vermittler spielte, da ihm Desterle 10 000 M. versprochen hatte, wenn er aus dem Gefängnis herauskäme. Desterle wurde zu fünf, Weber zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Für die Geschädigten beim Sarotti-Brand.

Der Verband der Bäcker und Konditoren hat mit der Firma eine Summe von zwei Millionen Mark zur Entschädigung für die vernichteten Kleiderstücke vereinbart, nachdem die Versicherungsgesellschaften die Schäden auf etwas über eine Million Mark taxiert hatten. Die kleineren angeforderten Beträge werden voll ausgezahlt, die höheren Ansprüche dagegen mit über Zweidrittel. Sämtliche Sacharbeiter werden bis zur Wiederaufnahme des Betriebes weiter entlohnt, während ein größerer Teil der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen entlassen wurde, da der Betrieb voraussichtlich erst gegen Herbst wieder aufgenommen werden kann. Die Arbeit in den abruhen Schokoladenfabriken hat infolge des Produktionsausfalles der Sarotti natürlich einen größeren Umfang angenommen, so daß es möglich ist, die Entlassenen in den übrigen Betrieben unterzubringen, sofern sie sich bei ihrem zuständigen Arbeitsnachweis melden.

Die Flucht aus dem Mietsofarnenland in das Selbstbedienungs- und die Selbstbedienungs- und Freizeitanlagen, die dies für jede Großstadtfamilie wichtige und dringende Problem, wird in einem vom „Anfiedlungsverein Groß-Berlin“ gemeinsam mit den Gewerkschaften, dem Afa-Bund, den Siedlungsvereinen, Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen und den Krankenkassen veranstalteten Vortrag des Dr. Ing. Martin Waquet behandelt werden. Der Vortrag der am Mittwoch, den 16. Februar, abends 8 Uhr, im Bürgerklub der Schöneberger Rathauses stattfindet, wird durch Lichtbilder reich illustriert. Der Eintritt ist für jedermann kostenlos.

In einem Film- und Lichtbildervortrag behandelt die Montessori-Lehrerin Fräulein Clara Grunwald am Mittwoch, 15. Febr., 8 Uhr abends, im Realinstitut für Erziehung und Unterricht, Potsdamer Str. 120, „Die produktive Erziehung im Kleinkindalter“. Freier Eintritt. Der Vortrag von Lydia Söder (Die Frau und die Schulreform), der wegen der Streiks ausfällt, ist am Ende der Reihe, auf den 29. März verlegt worden. Die Karten gelten weiter.

Einrichtbare Schulreformer. Das Erziehungsrecht des unehelichen Kindes behandelt ein Vortrag von Landgerichtsrat Dr. G. Danziger am Dienstag, 14. Febr., 7½ Uhr, im Werner-Siemens-Realgymnasium, Gohenaufenstr. 47/48, im öffentlichen Versammlung.

Eine eiffrige Eisenbahnüberbrücke wurde von der Ueberwachungsstelle der Braunschweig- Magdeburger Eisenbahndirektion in Ringelheim aufgedeckt. Beteiligt waren ein Eisenbahnsekretär, ein Rangierführer, ein Bahnsteigkassierer und acht Arbeiter. Ein erhebliches Warenlager gestohlener Güter wurde beschlagnahmt. Die Bande hat monatelang die Eisenbahnzüge der Strecke Magdeburg-Braunschweig betraubt.

Weiter bis Mittwoch mittag. Noch größtenteils trocken und überholzender heller, später langsame Zunahme der Bewölkung, in den Mittagsstunden Temperatur nahe der Null. In der Nacht zu Mittwoch namentlich im Osten wieder mäßiger Frost.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fische ausreichend. Geschäft ruhig. Fleisch reichlicher. Geschäft ziemlich rego. Obst und Gemüse schwach, Geschäft ruhig.

Am gestrigen Montag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:
Schellfisch 6-6,50 M., Kabeljau 9-10 M., Rotzungen 11,50-13 M., das Pfund, Grüns Herings 7 M., Karpfen in Eis 14,50 M., Nichte 12 bis 14 M., Lebende Sole 25-28 M. und Bars 15 M., Aale 90 M. — Rindfleisch 18-24 M., Kalbfleisch 20-25 M., das Pfund, Hammelfleisch stand auf 24 M., Schweinefleisch 23,50-27 M. — Hasen das Pfund 15-16 M. und Hühner 24-28 M., Gänse 26 M., Puten wurden mit 23-24 M. angeboten, Enten das Stück 25-30 M. — Margarine 22-24 M. und Schweineschmalz 32-34 M. Eier 5,75 M., Viktorienbohnen 6,50 M., Linsen 12 M., weiße Bohnen 8 M., Graupen ebenso, Reis kostete 6,50-11 M., Hafermehl 9,50 M., Weidkohl 3 M. und Wirsingkohl 4,50 M., Rosenkohl stand auf 12 M., ausländischer Blumenkohl 10-15 M., der Kopf, Rote Rüben 1,50 M. das Pfund, Apfelsinen 2-3 M. das Stück.

Wirtschaft

Die Genossenschaften im Jahre 1921.

Nach den Zusammenstellungen der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse sind während des letzten Jahres im ganzen Deutschen Reich 4887 neue Genossenschaften gegründet und 1579 Genossenschaften aufgelöst worden. Dazu kommen noch die Zentralgenossenschaften, deren 11 neu gegründet, 1 aufgelöst worden sind.

Der Bestand an Genossenschaften hat sich demnach im Laufe des Jahres 1921 von 44 307 auf 47 618 erhöht. Auf die einzelnen Genossenschaftszweige verteilen sich diese folgendermaßen:

Genossenschaftsarten	Neugründungen	Auflösungen	Zu- und Abnahme	Bestand Ende 1921	Bestand Ende 1920
Kreditgenossenschaften	618	140	20 417	19 988	
davon Darlehnskassenvereine	543	98	18 498	18 682	
Rohstoffgenossenschaften, gewerbl.	802	169	2 178	2 045	
desgl. landwirtschaftliche	462	84	4 007	3 689	
Wareneinkaufsvereinigungen	194	170	1 329	1 306	
Verbrauchergenossenschaften, gewerbl.	59	23	381	345	
desgl. landwirtschaftliche	1523	194	5 284	3 955	
davon Elektrizitätsgenossenschaften	1 401	153	4 808	3 059	
Einkaufsgen. f. Waich u. Geräte	4	—	21	17	
Magazingenossenschaft, gewerbl.	7	5	143	140	
desgl. landwirtschaftliche	167	43	923	839	
Rohstoff- u. Magazingen, gewerbl.	25	59	858	892	
desgl. landwirtschaftliche	6	8	44	41	
Produktionsgenossenschaft, gewerbl.	200	186	1 302	1 288	
desgl. landwirtschaftliche	154	80	3 826	3 751	
Nachtrieb- u. Weidgenossenschaft	126	33	826	733	
Konsumvereine	185	187	2 498	2 488	
Wohnungs- u. Baugen.	724	136	8 278	2 690	
Sonstige Genossenschaften	256	75	837	656	
Zusammen	4 857	1 576	47 618	44 307	

Die Zahl der Neugründungen ist gegenüber dem Vorjahre, wo zusammen 5000 Neugründungen gezählt wurden, im letzten Jahre etwas zurückgegangen, dabei hat sich aber die Zahl der Auflösungen von 994 auf 1576 erhöht. Durch die Konzentration der Betriebe, die auch im Genossenschaftswesen zu beobachten ist, sind mehr Genossenschaften aufgelöst worden als im Vorjahre. Gegenüber dem Jahre 1914 ist die Zahl der Genossenschaften um 13 039 gewachsen, seit dem Jahre 1905, wo erst 23 559 Genossenschaften bestanden, hat sie sich mehr als verdoppelt!

Den stärksten Zuwachs zeigen die landwirtschaftlichen Genossenschaften, deren allein 2318 neu gegründet worden sind. Insbesondere entstand eine große Zahl von Elektrizitätsgenossenschaften, von denen im Vorjahre nur 705 gegründet wurden, diesmal hingegen 1401 entstanden.

Nachgelassen hat die Gründungstätigkeit bei den Konsumvereinen. Diese haben sich im Laufe des Jahres sogar um 2 verringert. Das geht in der Hauptsache auf die bereits erwähnte Konzentrationstendenz innerhalb der Genossenschaften zurück.

Dagegen zeigen die Wohnungs- und Baugenossenschaften eine weitere kräftige Zunahme, die zu einem wesentlichen Teil der Gründung sozialer Baubetriebe zu verdanken sein dürfte.

Insgesamt ergibt die Statistik, daß die Genossenschaftsbewegung in erfreulichem Fortschreiten ist und daß sie auch in ständig steigendem Maße bei der Landwirtschaft festen Fuß faßt. Daraus erklärt sich, daß seinerzeit im 11. Ausschuss des Reichstags die deutschnationalen für eine teilweise Besteuerung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer eingetreten sind — ein bemerkenswertes Zeichen der Zeit, das beweist, wie die ökonomische Entwicklung selbst eingeschworene Feinde jeder Gemeinwirtschaft zu Zugehörigen an den Genossenschaftsgedanken zwingt.

Die Käufe der Reichsgetreidestelle.

Zu den Vorwürfen, daß die Reichsgetreidestelle durch ihre Ankäufe von Brotgetreide am freien Markt die Preise in die Höhe getrieben habe, hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft in Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage u. a. folgendermaßen Stellung genommen:

Zur Ausführung des Beschlusses des Reichstages, mit den landwirtschaftlichen Organisationen über den Ankauf einer größeren Menge Inlandsgetreides zu verhandeln, ist die Reichsgetreidestelle von mir beauftragt worden, diese Aktion in die Wege zu leiten. Sie stand dabei vor der Schwierigkeit, daß bei dem geringen Angebot von Getreide und Mehl auf den einheimischen Märkten und bei der gleichfalls geringen Kaufmohwilligkeit des freien Handels das Aufstreiten eines starken Käufers mit Notwendigkeit eine erhebliche Steigerung der freien Getreidepreise herbeiführen mußte. Ihr Bestreben mußte sein, sich von vornherein, ehe die vorausgehende Preissteigerung eintreten würde, in den Besitz einer möglichst großen Menge Getreide zu setzen. Sie hat daher mit drei landwirtschaftlichen Genossenschaften über eine größere Menge zu bestimmen, nicht erheblich über den damaligen Marktpreis liegenden und infolgedessen lebhaft dem besonderen Risiko des Verkäufers Rechnung tragenden Preisen Lieferungsverträge abgeschlossen. Sie hat dann später auch von jedem anderen, der zu ihr annehmbaren Bedingungen Getreide anbot, solches aus dem freien Markt aufgenommen. Auf diesem Wege ist es ihr möglich gewesen, ohne starke Beeinträchtigung des Marktes einen beträchtlichen Posten Getreide zu angemessenem Preise in die Hand zu bekommen. Sie hat durch ihr Vorgehen insbesondere die zunächst beteiligten drei Genossenschaften daran interessiert, daß die Getreidepreise durch die Aktion nicht in höherem Maße getrieben wurden, als es unvermeidlich war; denn die Genossenschaften, die zu einem festen Preise zu liefern verpflichtet waren, mußten alles daran setzen, den Preis für Brotgetreide am Markt möglichst niedrig zu halten, wenn sie den ihnen verbleibenden Nutzen steigern wollten.

Die Inlandsgetreidepreise sind in der Hauptsache der Volumentzunahme gefolgt mit der Maßgabe, daß sie zunächst infolge der Aufstockung eine Steigerung um etwa 40 Mark für den Zentner im Durchschnitt erfahren haben. Nach dem 28. Dezember war der Einfluß dieses Moments in der Hauptsache erschöpft, so daß die Inlandspreise je nach dem Stande des Dollars um den Preis vom 28. Dezember in geringem Ausmaß pendelten.

Der Reichsgetreidestelle ist durch die Preissteigerung innerhalb der genannten zwei Wochen für ihre seitdem geäußerten Anläufe ein Schaden nicht erwachsen, weil sie auch den übrigen an sie herantretenden Verkäufern von freiem Getreide keine höheren, sondern im Gegenteil noch niedrigeren, soweit es sich insbesondere um kleinere Posten handelte, niedrigeren Preise bewilligt hat als den Genossenschaften. Sie lehnt Angebote ab, sobald die Preise auf dem freien Markt unangemessen steigen. Sie würde zweifellos bei einem anderen Vorgehen nicht in der Lage gewesen sein, beträchtliche Mengen aus dem freien Markt zu den Preisen aufzunehmen, die noch ein vorläufiges Geschäft für das Reich in sich schließen.

Referatsergebnisse der amerikanischen Petroleumproduktion. Nach amtlichen Angaben war das Jahr 1921 für die amerikanische Petroleumgewinnung ein Rekordjahr. Es wurden 469,8 Millionen Faß produziert, 26,3 Millionen Faß mehr als im Vorjahre. Die Weltproduktion an Petroleum wird auf 750 Millionen Faß geschätzt.

